

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“ „Aus der Welt“ „Neuzeitstimme“ „Der Kinderfreund“ „Sonder-Botmärtchen“ und „Blitz in die Bühnenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 28. Januar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Normalzeile 80 Pfennig, Rückseite 50 Pfennig.

Einzelnen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckersaal...

Vier deutschnationale Minister!

Geyler ist der fünfte.

Amlich wird mitgeteilt: Heute vormittag wurden vom Reichskanzler die Besprechungen mit den Parteiführern der an der Regierungsbildung beteiligten Parteien fortgesetzt.

Wie am Abend bekannt wurde, haben die Verhandlungen zur Aufstellung folgender Ministerliste geführt:

- Dr. Marx (3.): Reichskanzler; Dr. Brauns (3.): Arbeit; Dr. Köhler-Boden (3.): Finanzen;

Nachdem diese Liste aufgestellt war, fanden um 9 1/2 Uhr beim Reichskanzler Dr. Marx interfraktionelle Verhandlungen statt, um eine Einigung in der Frage der Besetzung der Ministerien herbeizuführen.

Wie wir über die interfraktionellen Verhandlungen noch hören, hat das Zentrum die deutschnationale Forderung der Überfaffung des Finanzministeriums abgelehnt.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion nahm in der zehnten Abendstunde den Bericht über die Verhandlungen beim Reichskanzler noch entgegen und vertagte sich dann auf Freitag, 12 Uhr.

Von Stufe zu Stufe.

Vom Zentrumsmanifest zu den Richtlinien, von den Richtlinien zum Regierungsprogramm, vom Regierungsprogramm zu ???

Der Schacher um die Ministerliste ist in Gang. Von den Richtlinien ist nicht mehr viel die Rede.

Was ist's mit den Richtlinien? Zentrum und Deutsche Volkspartei haben sie angenommen. Aber die Deutschnationalen? Man hört nichts, man sieht nichts.

Herr Marx macht alles. Er redet mit ihnen über die Ministerliste und redet nicht mehr von den Richtlinien.

Aber bitte, die deutschnationale Presse redet noch von ihnen. Richtlinien, das ist eine ganz harmlose und unbedenkliche Sache.

Hätte uns schon dieser Umstand bestimmt, von einer nachträglichen Wiedergabe der Richtlinien abzusehen, so werden wir noch mehr durch die Tatsache verzerrt, daß die Richtlinien, aus dem Rahmen der ganzen Vereinbarungen herausgenommen, ein völlig falsches Bild von dem ergeben, was als künftiges Regierungsprogramm in Aussicht genommen ist.

Regierungsprogramms vervollständigt und mühe durch die ausführlichen Formulierungen der Regierungserklärung mit Fleisch und Blut umgeben werden.

Erstens: wie ich sie auffasse. Zweitens: sie haben gar nichts zu sagen. Wir Deutschnationalen werden sie schon sinngemäß erläutern!

Lacht uns nur erst in der Regierung sein, dann werden wir euch schon die richtigen Richtlinien machen! Eine groteske Gaunerei, dies Spiel der Deutschnationalen mit den Richtlinien, die sie wie Wurstpapier behandeln.

Man erinnert sich der Versicherungen des Kabinettspräsidenten, daß die Locarno-Politik einstimmig gutgeheißen worden sei.

Das was ist so wichtig wie das ob. Die „sinngemäßen Auslegungen“ geben schon las! Der Hugenbergsche „Nacht-Tag“ verkündet zum Beispiel, daß die Deutschnationalen den Richtlinien die republikanischen Zähne ausgezogen hätten.

Das wird behauptet, obwohl im Geheimprotokoll steht, daß die Anerkennung der Verträge von Locarno auch verfassungsrechtlich zu verstehen sei! Wie ich es auffasse, wie ich es auffasse! Da wird es nicht mehr lange dauern, bis die Deutschnationalen erklären: Richtlinien? Nichts bekannt davon. Haben wir niemals angenommen.

Wenn sie nur erst in der Regierung sind, werden sie über das Programm reden. Und wenn Herr Marx das Programm am 3. Februar vorgelesen haben wird, dann wird Herr Bestary eine Programmrede halten, in der noch die letzten Reste wieder zurückgerichtet werden können.

Also kurzum, was ist's mit den Richtlinien? Haben die Deutschnationalen sie angenommen oder nicht? Schließlich ist das nicht das Privatgeheimnis des Bürgerblocks. Schließlich will man wissen, auf welche deutschnationale Gaunerei diese famose Regierung gegründet ist.

Es wird immer geheimnisvoller.

Amlich wird mitgeteilt: Das „Berliner Tageblatt“ bringt in seiner Nr. 45 einen Bericht über die Unterredung des Herrn Reichskanzlers mit den Vertretern der demokratischen Fraktion.

So ist es insbesondere unrichtig, daß der Herr Reichskanzler erklärt haben soll, „an eine Abänderung der zwischen Zentrum, Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei festgelegten Richtlinien sei nicht zu denken.“

Die deutschnationale Reichstagsfraktion teilt mit, daß die in der gegnerischen wie eigenen Presse verbreiteten Nachrichten über den Inhalt und die Entstehung der Richtlinien nicht authentisch sind.

Was ist nun mit den Richtlinien? Sind sie endgültig angenommen? Oder sind sie freibleibend für alle Fälle?

Regierungserklärung am 3. Februar.

Der Vizepräsident des Reichstages hat in seiner gestrigen Sitzung endgültig beschlossen, daß die Regierungserklärung des neuen Reichskabinetts am Donnerstag, den 3. Februar, im Reichstag angenommen werden soll.

Der Ausschuss des Reichstages hat in seiner gestrigen Sitzung endgültig beschlossen, daß die Regierungserklärung des neuen Reichskabinetts am Donnerstag, den 3. Februar, im Reichstag angenommen werden soll.

Der Kampf um Shanghai.

England vor der Entscheidung.

Von Professor E. Lederer - Heidelberg.

Die Entsendung starker englischer Marinestreitkräfte nach Shanghai ist ein Zeichen dafür, daß die stürmische Entwicklung der Dinge in China auf einen entscheidenden Punkt gekommen ist.

Was ist Shanghai? Im Jahre 1843 dem Verkehr mit Europa geöffnet, hat sich Shanghai, seiner Lage entsprechend, hart oberhalb der Mündung des ungeheuren Jangtsekiangstroms zum größten Hafen Chinas ausgebaut.

Auf dem Gebiet von Shanghai mit seinen etwa vier Millionen Einwohnern liegt die große internationale Niederlassung (Settlement) mit dem Hafen.

Das fremde Settlement ist in Shanghai nicht ein kleines, abgegrenztes Gebiet, wie es sonst die Konzessionen in den chinesischen Städten zu sein pflegen.

Das Settlement, die fremde Niederlassung, ist eine Stadt für sich. Sie ist nicht Kolonie, untersteht nicht der Regierung einer fremden Macht, sondern regiert sich selber.

Heute ist Shanghai nicht mehr sicher. Die Kantonarmee bereitet offenbar einen großzügigen Angriff auf das ganze Gebiet vor, welches vorläufig noch unter der militärischen Kontrolle von Sun Chuan-fang steht.

Die Kantonarmee bereitet offenbar einen großzügigen Angriff auf das ganze Gebiet vor, welches vorläufig noch unter der militärischen Kontrolle von Sun Chuan-fang steht.

Heute ist Shanghai nicht mehr sicher. Die Kantonarmee bereitet offenbar einen großzügigen Angriff auf das ganze Gebiet vor, welches vorläufig noch unter der militärischen Kontrolle von Sun Chuan-fang steht.

mung der Konzession kaum vermeidbar sein. Dabei handelt es sich aber um ganz andere, viel wichtigere Interessen als in Hankau, Huiyang und all den Orten, aus denen sich die Engländer entweder zurückgezogen haben oder unter chinesischen Schutz stellen, also ihre Exterritorialität tatsächlich, wenn auch nicht ausdrücklich, ausgeübt haben. In Schanghai ist die Siedlung viel größer. Da ist ja eine große europäische Stadt entstanden, in der nichts vom Luxus und Komfort der amerikanischen oder englischen Zenitien fehlt. Schanghai ist nicht nur der Mittelpunkt des fremden Handels, sondern auch der Schauplatz einer großen internationalen Gesellschaft, wenngleich die Zahl der Europäer kaum zwanzigtausend betragen dürfte; aber diese zwanzigtausend sind überall an der Oberfläche zu sehen. Man trifft sie in den eleganten Läden, auf den Sportplätzen, in den Parks, bei den großen Tanztees in den zum Teil gigantischen Hotels. Dieses ganze Leben steht heute offenbar unter einem düsteren Vorzeichen. Was wird daraus werden?

Selbst wenn es den Kantonesen nicht gelingen sollte, die Armee Sun zu demokratisieren, ja, selbst wenn die Kantonesen eine Niederlage erleiden sollten, so wird die Lage der Europäer in Schanghai unmittelbar nicht günstiger. Sagen sie doch inmitten einer Millionenmenge chinesischer Bevölkerung, welche sich zum großen Teil mit Kanton solidarisch fühlt und vielleicht gerade durch eine Niederlage ihrer Partei aufs äußerste gereizt werden könnte. Eine chinesische Menge, welche in Paroxysmus gerät, ist unberechenbar. Wir machen uns oft ein falsches Bild von Chinesen, indem wir an die hohe ethische Lehre von Confuzius und daran denken, daß China ein friedliches Land war, jeder imperialistischen Politik abhold. Das ist alles richtig. Aber der Chinese ohne Bildung, der Bauer, der Arbeiter, ist nicht durch die Schule gegangen, er ist nicht gebildet, wie die geschulten Intellektuellen; in den großen Städten ist er entwurzelt, herausgerissen aus den gewohnten, sicheren Lebensverhältnissen, verzweifelt, größtenteils in grenzenlosem Schmutz und Armut lebend. Die Versuche einer sozialpolitischen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse sind in den allerersten Anfängen. Die revolutionäre Strömung ist daher in den industriellen Zentren am stärksten, hier nimmt die Masse am begeistertsten die Vojungen der Kantoner Volkspartei auf. Da können sich über Nacht die Proletariatsmassen in revolutionärem, nicht mehr zu zügelndem Ausbruch erheben, um, dem russischen Beispiel folgend, eine Sowjet-herrschaft aufzurichten — vielleicht nicht von allzulanger Dauer, vielleicht bald umgebogen durch die klugen chinesischen Großkaufleute und die Unternehmerklasse in nationalen wirtschaftlichen Protektionismus, aber jedenfalls zunächst verheerend und vernichtend für fremden Besitz und vielleicht sogar die ganze Kolonie in ihrer Sicherheit bedrohend. Vielleicht liegt es sogar im Plan Kantons, diese soziale Flut in Schanghai schon jetzt immer höher anschwellen zu lassen, ihr Spielraum zu geben? So würde der Kampf um Schanghai selbst entschieden werden? Die enalische Regierung war bisher klug genug, unhaltbare Positionen, wie Hankau, zu räumen. Wird sie die Revolution in Schanghai so kühl und nüchtern erkennen? Wird sie die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen? Oder wird sie in Anbetracht der großen politischen und ökonomischen Interessen, welche an Schanghai hängen, noch das Glück zu wenden suchen und dem Ehrgeiz Changsfolins entgegenkommen? Das sind die entscheidenden Fragen der gegenwärtigen Lage. Aus dem Jangtsiangial militärisch und politisch verdrängt, klammert sich England noch an den Hafenplatz Schanghai, von dem in der Tat das ganze Stromgebiet des Jangtsiang abhängt. Geschwader werden mobilisiert, Infanterietruppen erhalten den Befehl zur Verschiffung nach dem fernen Osten. Das sieht nicht nach Schwäche und Nachgeben aus. Aber bevor alle diese Streitkräfte Schanghai erreicht haben, können sich die Verhältnisse immer mehr zuspitzen. Und letzten Endes wird von England die Frage beantwortet werden müssen, ob es Gewalt gegen China gebrauchen oder seine politischen Positionen räumen will? Natürlich nicht, um aus China herauszugehen,

aber um in ihm ohne Privileg, ohne Sonderrechte, ohne ständige Zurschaustellung militärischer Macht Handel zu treiben, wie es schon heute die Deutschen und Russen tun, ohne dabei schlecht zu fahren, und wie es alle Nationen tun müßten, wenn England seine Vorrechte aufgibt.

So wird es vielleicht zu einem Kampf um Schanghai gar nicht kommen. Vielleicht wird auch jetzt England elastisch ausweichen und sich seine Handelspositionen sichern. Das wäre von ausschlaggebender Bedeutung für ganz China. Denn diese kluge Politik Englands wäre der größte moralische Erfolg Kantons, der auch die Verdrängung Sun zur Folge haben müßte. Die Verfügung über Schanghai aber, vor allem über seine Zolleinnahmen, würde Kantons Uebermacht entscheiden, und es könnte nur mehr eine Frage der Zeit sein, bis auch der ganze Norden die Herrschaft der Generale abschüttelt. So wird England vielleicht selbst zur Entscheidung des ganzen Kampfes für Kanton beitragen — aber hat es heute noch die Wahl, anders zu handeln?

Labour Party und China-Politik.

Massenkundgebungen in ganz Großbritannien.

London, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das gemeinsame Chinasomitee der Arbeiterpartei und Gewerkschaften beschloß, in ganz Großbritannien öffentliche Demonstrationen für den Frieden mit China zu veranstalten.

Die Genossen Vandervelde und Submans fliegen nach London.

Brüssel, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Vandervelde und Unterrichtsminister Camille Submans haben sich am Donnerstag im Flugzeug nach London begeben. (Anlaß der Reise ist die Eröffnung einer belgischen Kunstausstellung in London. Red. d. „B.“) Vandervelde wird sowohl mit Chamberlain als mit MacDonald Besprechungen, namentlich über China, haben.

Indische Fürsten verschachern „ihre“ Truppen.

New Delhi, 27. Januar. (Reuter.) Indische Fürsten boten der britischen Regierung Truppen und andere Unterstützung an für den Fall, daß sie ihrer für Schanghai benötigen sollte.

Schanghai, 27. Januar. (W.T.B.) 435 Mann Bundesjäger-Truppen sind hier ohne Zwischenfall gelandet.

Vorah für ein freies China.

Washington, 27. Januar. (W.T.B.) Der Vorsitzende des Außen-ausschusses des Senats, Borah, führte über die Lage in China aus: Die Politik der Vereinigten Staaten im fernem Osten müßte für ein freies China eintreten. Seiner Meinung nach könne das Vorgehen Großbritanniens, das eine starke Streitmacht und Flotte nach China sende, zu einer Katastrophe führen.

Japan-China-Akkord.

Tokio, 27. Januar. (Reuter.) Die japanische Regierung ist bereit, über einen neuen Vertrag auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Weisbegünstigung mit China zu verhandeln. Die Zugeständnisse an China würden die Anerkennung der chinesischen Zolltarife und die mit gewissen Dingen verbundene Autonomie enthalten. Der Grundgedanke der Aufhebung der Exterritorialität wurde anerkannt. Die Zugeständnisse würden in dem Vertrag nicht erwähnt werden, da sie durch ein internationales Abkommen geregelt werden sollen.

Nach einer anderen Meldung haben die Fremdmächte die Zugeständnisse bereits anerkannt. Die Bedeutung des japanischen Vorgehens — keine Beteiligung an militärischem Eingreifen, Entgegenkommen an die chinesische Nationalbewegung — liegt klar zutage; Japan will nicht Ausland allein die Betretrolle spielen lassen und rechnet auf späteres Zusammengehen mit China, wenn nicht auf die Führerschaft der gelben Rasse.

Erleuchtete Wissenschaft.

Der Begriff „Proletariat“ in professoraler Auffassung.

Gegen zahlreiche Vertreter der deutschen Wissenschaft wird mit Recht der Vorwurf erhoben, daß sie in Fragen der Politik und des Gesellschaftslebens oft von einer Weltfremdheit und Borniertheit sind, die jede Verständigung zwischen ihnen und der großen Volksmasse unmöglich machen. Standesbündel und Unkenntnis des wirklichen Lebens paaren sich bei ihnen mit einem Klaffenegolismus, der vielfach dazu führt, daß Männer, die berufen sind, die Jugend zu erziehen und den akademischen Nachwuchs für die wichtigsten Posten im Staate zu liefern, Ansichten vertreten, die vom Volke mit Empörung und Entrüstung aufgenommen werden müssen.

Ein trauriges Beispiel dafür liefert uns Prof. Dr. A. Basler, Tübingen, in seinem kürzlich in zweiter Auflage erschienenem Buche „Einführung in die Rassen- und Gesellschafts-physiologie“ (Grantsche Verlagshandlung, Stuttgart). In diesem „für die Gebildeten aller Stände“ bestimmten Buche, das nach Vorlesungen des Verfassers herausgegeben ist, schreibt Professor Basler in dem Abschnitt über die Gesellschaftsklassen folgendes:

„Neben die unterste Gesellschaftsklasse, das Proletariat, besteht wohl die größte Literatur. Es handelt sich um die Kategorie von Menschen, die für die Gesamtheit der Bevölkerung nichts tun, aber deren Arbeit nur schädlich wirkt, Verbrecher, Dürren, Zuhälter, Arbeitsschweine usw. Diesen Abgängen der menschlichen Gesellschaft lassen wir zusammen unter dem Namen „Proletariat“.

Es wird nie ein kompliziertes organisiertes Staatswesen geben, wo die beschriebene Klasse fehlt, denn ihr fällt eine ganz bestimmte Aufgabe im Staatsleben zu: Das Proletariat ist die Kloake, in die alle diejenigen versinken, welche für die menschliche Gesellschaft unbrauchbar oder schädlich sind.

Wie der gute Gärtner dem Unkraut zu Selbe rückt, so der richtige Staatsmann dem Proletariat. Aber so wenig es möglich ist, das Unkraut auszurotten, ebensowenig ist es möglich, das Proletariat ganz vom Erdboden verschwinden zu lassen.“ (Seite 131/32.)

Weiter vertritt Prof. Basler den Standpunkt, daß die Proletarier den Naturvölkern psychologisch näher stünden als den übrigen Gesellschaftsklassen der eigenen Nation. Ebenso wie die Regier die größten Lasten im Lausfahrrad über Berg und Tal säckelten, läten das in Deutschland die Proletarier. Und ebenso wie bei den Bewohnern Zentralafrikas, zeige sich auch bei dem Proletariat „eine kindliche Eitelkeit in bezug auf Unwesentliches“. Auch seine Sucht nach Tätowierungen zeige bei ihm den gleichen Hang wie bei den „Wilden“.

Allerdings polemisiert Prof. Basler gegen das Bestreben der sozialistischen Literatur, die ganze Arbeiterklasse unter dem Namen Proletariat zusammenzufassen. Er hält dies „vom wissenschaftlichen Gesichtspunkt aus“ nicht für zweckmäßig, obwohl in der gesamten

volkswirtschaftlichen Literatur, auch in der bürgerlichen, kaum mehr eine Meinungsverschiedenheit über diesen Punkt besteht. Aber diese Einschränkung Baslers ändert nichts an seinem grundsätzlichen Standpunkte, da er ausdrücklich erklärt, daß der Uebergang zwischen Proletariat und Arbeiterschaft — wie er die beiden Gruppen aufsoht — „fließender ist, als zwischen dem Proletariat und jeder anderen Gesellschaftsklasse“. Die Brücke, die den Arbeiter vom Proletarier trennt, wird speziell für den jugendlichen Arbeiter mitunter klein.“

Auch sonst enthalten die Ausführungen Baslers lichtvolle Gedanken über die Lage der Arbeiterklasse. So schreibt er auf Seite 131:

„Die Arbeiterklasse unterscheidet sich wohl am meisten durch die Lebensweise von der übrigen Bevölkerung. Trotz dem hohen Einkommen, das in den letzten Jahren beispielsweise ein Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik hatte, ging die Frau, auch wenn sie Mutter mehrerer Kinder war, ebenfalls in eine Fabrik, weil sie zu Hause zu wenig Unterhaltung hatte“. Die Folge davon ist, daß sich die Familie mit dem primitivsten Essen begnügen muß.“

Nun wissen endlich die Arbeiter, weshalb ihre Frauen in die Fabrik gehen und weshalb sie zu Hause nur ein kärgliches Essen haben! Es ist jammerlich, daß Prof. Basler sein Licht bloß auf der Universität in Tübingen leuchten läßt. Die Tübingen Studenten werden ihn sicherlich nicht vermissen. Er gehört in einen anderen viel weiteren Wirkungskreis. Er gehört in die Regierung des Bürgerblocks. Schade, daß man an ihn diesmal noch nicht gedacht hat!

A. Stein.

Die „Jugendbühne“, Arbeitsgemeinschaft von Lehrern und Lehrerinnen, veranstaltete in der Staatsoper am Platz der Republik eine Nachmittagsvorstellung von Pjgners „Christeffchen“. Der Oper fehlt die Frische und Ursprünglichkeit des Liedes, wie sie etwa Humperdinks unsterbliches Werk „Hänsel und Gretel“ hat. Und auch in der Identität und Einprägsamkeit der Melodien steht Pjgners hinter Humperdink meist zurück. Doch die sehr guten Kräfte der Staatsoper, die man in dankenswerter Weise für die Nachmittagsvorstellung eingesetzt hatte (Erlfriede Martz, Herr Wagner, Elise Knebel, Maria Ebendorfer, Heinrich Schulz, Marcel Koch), gewannen die Zuschauerinnen auch Pjgners musikalisch anmutigen Werk. Es war erstaunlich, in welcher musterhaften, verzauberten Ruhe die Kleinen der Oper folgten, und ihr Beifall war mindestens ebenso begeistert wie der, der sonst in diesem Hause widerhallt.

Amüßentänze, die nicht die Seele beschwingen oder läutern, die nicht sammeln oder erbauen, sondern zerstreuen und ergötzen wollen, haben ihre Existenzberechtigung, wenn sie in technischer Sauberkeit und geschmackvoller Ausmachung ohne Prätention sich als das geben, was sie sind. Die Vorstellungen Etsa Krügers und ihres Tanzensembles im Theater am Kurfürstendam wirkten im allgemeinen sympathisch, weil sie diesen Bedingungen genügen. Schauspielertliches Temperament, rhythmischer Elan, effektvolle Dekorationen und Kostüme. Durch

Völkischer Landesverrat.

Eine Intrige gegen Locarno?

Der „Jungdeutsche“ fügt seinen Informationen über die landesverräterische Dokumentenfälschung aus völkischen Kreisen hinzu, daß ein ehemaliger Agent der Nicolaischen Spionageabteilung beim Großen Generalstab namens Schred der Urheber ist. Die Informationen des „Jungdeutschen“ gehen dann weiter dahin:

Es sollen noch eine Reihe gefälschter Dokumente bestehen, welche sich lediglich mit der Reichswehr befassen. Diese sollen Denkschriften und Gutachten von Reichswehrstellen und Offizieren enthalten, welche sich mit der Möglichkeit eines deutschen Krieges gegen Frankreich befassen. Zu solchen Arbeiten gehört zweifellos eine genaue Kenntnis sowohl der Verhältnisse in der Reichswehr wie der militärpolitischen Lage überhaupt. Es ist also anzunehmen, daß Fachleute, welche über erhebliche Geldmittel verfügen, dem Fälscher behilflich gewesen sind. Diese Dokumente sind bereits an das Ausland gegeben worden, denn schon vor einiger Zeit hat sich die polnische Presse damit beschäftigt. Auch lassen die Versicherungen einzelner französischer Zeitungen ähnliche Schlüsse zu.

Die Mitteilungen des „Jungdeutschen“ werden von anderer Seite bestätigt. Der Schred ist bereits in Haft. In seiner Wohnung wurde außer den besprochenen Dokumenten und militärischen Stempeln ein angeblich amtliches Schriftstück gefunden, das die Mobilmachung der Reichswehr, den Grenzschutz im Osten und die Zusammenarbeit mit den rechtsradikalen Wehroverbänden behandelt. Auch dieses Schriftstück hatte — sehr zum Schaden Deutschlands — der Weg ins Ausland bereits gefunden. Die Dokumente stammen aus dem Jahre 1925, so daß man sich denken kann, welche Rolle sie bei den seitherigen außenpolitischen Verhandlungen gespielt haben.

Der Schred befindet sich in Haft. Aber ist er der Meinschuldige oder auch nur der hauptsächlich Schuldige? Es handelt sich um eine der übelsten und gewissenlosesten Intrigen, die auf dem Gebiet des Landesverrats denkbar sind. Besieht man sich den Kreis, aus dem Schred hervorgegangen ist, und die ebenso phantastischen wie kriegsbegehrlichen Pläne, die in diesem Kreis gesponnen wurden, so kann man sich des Verdachts nicht erwehren, daß es sich hier nicht um das Werk eines einzelnen Elenden handelt. Eine energische und schnelle amtliche Aufklärung, wie sie der „Jungdeutsche“ verlangt, wird im Interesse der Sache notwendig sein.

Einkeregierung im Kampf.

Um das Arbeitsbeschaffungsprogramm der mecklenburgischen Regierung.

Schwerin, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im mecklenburgischen Landtag wurde am Donnerstag ein Wiftrauensantrag der Völkischen Freiheitspartei gegen die demokratisch-sozialistische Regierung in namentlicher Abstimmung mit 23 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten gegen die Stimmen der Rechtsparteien abgelehnt. Wirtschaftspartei und Kommunisten enthielten sich der Stimme.

Der Landtag trat dann in die erste Sitzung des Staatshaushaltsplanes für 1927/28 ein, der in Einnahme und Ausgabe mit rund 78 Millionen abschließt. Die Unterbilanz im außerordentlichen Etat in Höhe von rund 14 Millionen soll durch Anleihen gedeckt werden. Dieser Fehlbetrag ist durch das ausgedehnte Arbeitsbeschaffungsprogramm der republikanischen Regierung entstanden. Es ist zu erwarten, daß die parlamentarischen Kämpfe um die Annahme des Budgets sehr erbittert sein werden. Von ihrem Ausgang hängt schließlich die Existenz der Regierung ab.

Zum Nachfolger Altollicos, früher einer der vier Generalsekretäre des Völkerbundes und jetzt Botschafter Italiens in Brasilien, wird ein Marquis Paolucci de Calboli. W.T.B. meldet, aus Rom, daß Mussolini ihn dazu ernannt hat. Das stimmt nicht. Die Ernennung vollzieht der Völkerbund auf Grund eines Vorschlages des Generalsekretärs im Einvernehmen mit der betreffenden Regierung. Zu diesem Zwecke war Drummond nach Rom gefahren.

technische Komplikationen und Raffinements bühnenfähig gemachte Volkstänze. Bspelpunkt: das Solo „Directoire“, von der Krüger elegant und schmissig, mit allerhand pantomimischen Feinheiten produziert. Verleger: Die phantastischen „Kaufmännischen Frauenzünge“ und ein „Lang-Stech“, bei dem die Regie derartig entgleiste, daß das halb geärgerte, halb bezauberte Publikum anfang, ohne Gage mitzuwirken.

A. S.

Die Bühnenaufreger gegen das neue Theaterjungegehe. Der Verband Deutscher Bühnenaufreger hielt am 25. d. M. in Berlin seine Generalversammlung ab. Der Verband nahm in einer Entschlossenheit Stellung zu dem neuen Theaterjungegehe, das sowohl grundsätzlich als auch in der nunmehr im Entwurf vorliegenden Form abgelehnt wurde. Der Verband sieht in dem Befehl eine Anekdote des freien Schriftstellers und der Geistesfreiheit des Theaters. Zur Durchführung des Kampfes gegen das Jungegehe beschloß der Verband, sich mit den übrigen in Frage kommenden Organisationen in Verbindung zu setzen.

Spaltung der November-Gruppe. Die Differenzen, die bereits seit dem Herbst vorigen Jahres in der November-Gruppe spielten, haben jetzt, wie auf der Generalversammlung vom 26. Januar bekanntgegeben wurde, zum Austritt etwa der Hälfte der bisherigen Mitglieder geführt. Ausgetreten sind sämtliche Architekten, die der Gruppe angehörten, mit Ausnahme von Gellhorn; genannt seien u. a. Peter Behrens, Gropius, Haring, Hilbersheimer, Kossin, Ries van der Rohe, Hans und Wollff Luchardt, Böllig, Bruno und Max Lutz, Lessnow. Ferner sind von Malern und Bildhauern ausgetreten: Belling, Förster, Grunwald, Fuchs, Staegemann, sowie Feininger und Schlemmer vom Dessauer Bauhaus und die Musiker Büttling und Sornach. Dem Vernehmen nach soll die Gründung einer neuen Gruppe durch die jetzt Ausgeschiedenen erwogen werden.

In der 4. Tanzmatinee der Volksbühne, die am kommenden Sonntag 11^{1/2} Uhr vormittags im Theater an der Wallstraße stattfindet, wird Verta Reiss mit ihrer Gruppe u. a. Teile aus ihrer Langspielung „Die Besetzung“ zur Vorführung bringen. Karten zu der Matinee zum Preise von 1,50 M. sind noch in beschränkter Anzahl in den Verkaufsstellen der Volksbühne u. v. erhältlich.

Der Bildhauer Rudolf Belling tritt heute, abends 8^{1/2} Uhr, Dorstenerstraße 12 (Wula) im Rahmen der Humboldt-Hochschule über Plastik.

Das Caster-Drama. Am 30. Januar, mittags 12 Uhr, findet im Reichertaal, Adloner Str. 38, eine Vorlesung aus dem Drama „Von Reichen die Geschichte“ von Bertold und Emanuel Caster statt. Französisch und Kunst werden registriert, Gelmut Zelenka wird den einleitenden Vortrag halten.

Prof. Ernst Geffe, der Freiburger Philologe und Kunsthistoriker, ist im 65. Lebensjahr an der Grippe gestorben.

Professor Grawert, der langjährige frühere Armeemilitärinspizient, ist im Alter von 69 Jahren plötzlich gestorben.

Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. Am Rahmen des Vädagogischen Rundfunks (Deutsche Weite, Seite 1300) spricht am 8. Februar von 4 bis 6 Uhr Frau Dr. Maria Montessori über: Die Seele des Kindes. Der in italienischer Sprache geführte Vortrag wird von Frau Dr. Korsh übersetzt.

Demokraten und Bürgerblock.

Erklärung der demokratischen Reichstagsfraktion.

Die demokratische Reichstagsfraktion veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt:

Die deutsche demokratische Fraktion behauptet, daß die Verhandlungen über eine Koalition der Mitte vom Reichstanzler Dr. Marx vorzeitig abgebrochen sind. Eine tragfähige Koalition der Mitte hätte sich auf Grund des Zentrumsmanifestes bilden lassen. Sie ist, ebenso wie die Große Koalition, daran gescheitert, daß starke Kräfte unter Ablehnung aller anderen Möglichkeiten von vornherein auf die Rechtsregierung hingearbeitet haben.

Die Richtlinien, die mit den Deutschnationalen vereinbart sind, dokumentieren einen wesentlichen Gesinnungswechsel der Deutschnationalen Volkspartei. Sie bedeuten eine völlige Preisgabe der bisherigen deutschnationalen Opposition gegen die Außenpolitik von Rathenau bis Stresemann. Innenpolitisch bedeuten sie, wenn sie auch hinter dem Zentrumsmanifest zurückbleiben, eine Anerkennung der Republik und den Schutz ihrer Symbole, während bisher der Staatsform und den Farben schwarzrotgold der erbitterte Kampf der Deutschnationalen galt. Auf dem Gebiet einer Reform der Reichswehr werden weitgehende Versprechungen in unserem Sinne gemacht.

Dagegen weisen die ohne unsere Mitwirkung festgestellten Richtlinien auf dem Gebiete der Schule eine unerträgliche Einseitigkeit auf, die abzuändern keine Bereitwilligkeit besteht. Die Fraktion ist der Meinung, daß die Grundlagen des künftigen Schulgesetzes in der Verfassung festgelegt sind, und daß eine einseitige, nur die Wünsche der einen Richtung betonende Abfassung derartiger Richtlinien den Weg zu einem befriedigenden Schulgesetz verbaut.

Weiter sieht die Fraktion einen besonders bedenklichen Mangel in dem Fehlen wirtschaftspolitischer Richtlinien. Sie muß befürchten, daß der heftige Widerstand der Deutschnationalen gegen die Reichshörsing-Finanz- und Steuerpolitik, gegen eine exportfördernde Handelsvertragspolitik und gegen eine vom Reiche maßgeblich geführte Siedlungspolitik sich versteinen und die gesamte Wirtschaft einschließlich des Mittelstandes auf das schwerste gefährden wird.

Aber überhaupt betrachtet die deutsche demokratische Fraktion den Wert solcher Richtlinien als problematisch, wenn die Zusammensetzung der Regierung nicht die Gewähr für eine gute Durchführung gibt. Diese Gewähr ist nicht in einem Kabinett zu erblicken, in dem Männer eine führende Stellung haben, deren heutige Worte mit ihren Taten und Worten von gestern in unlösbarem Widerspruch stehen und in dem ein auch nur einigermaßen hinreichendes Gegengewicht gegen ihren Einfluß nicht geschaffen werden kann.

Die Fraktion glaubt deshalb in der Opposition mit besserem Erfolge für die Erfüllung der in den Richtlinien gegebenen Versprechungen, für die Wahrung der deutschen Pressefreiheit und für die Sicherung einer gesunden Wirtschaft- und Finanzpolitik und einer gerechten Steuerpolitik wirken zu können.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, ihre Erklärung den bisherigen Ministern Dr. Gehler, Dr. Kälz und Dr. Reinhold mitzuteilen und der Bitte Ausdruck zu geben, sich an der neuen Regierung nicht zu beteiligen.

Es geht gut los!

Amtliches Dementi gegen deutschnationale Pressefälschungen.

Amtlich wird mitgeteilt: Die „Kreuz-Zeitung“ vom 27. Januar, Abendausgabe, behauptet, die Presseabteilung der Reichsregierung habe die Richtlinien über das Regierungsprogramm gestern bereits um 5 Uhr nachmittags an die Havas-Agentur gegeben. Diese Behauptung ist falsch. Die Presseabteilung ist bis zur Stunde noch nicht im Besitz des amtlichen Textes der Richtlinien, ebensowenig hat das BfV diese erhalten, konnte sie infolgedessen auch nicht an Havas weiterleiten.

Krisengefahr in Belgien.

Abgelehnte sozialistische Anträge. — Die Aufwertungsbewegung beginnt.

Brüssel, 27. Januar. (Eig. Drahtber.) Die Christlich-Demokraten legten dem Ministerpräsidenten Jaspar am Donnerstag programmatische Forderungen vor, von deren Annahme sie die weitere Unterstützung der Regierung abhängig machen wollen. Unter diesen Forderungen ist besonders die auf teilweise Aufwertung der Staatsrenten hervorzuheben, eine Forderung, die damit zum erstenmal in Belgien von einer Parlamentsgruppe erhoben und vielleicht noch eine politische Rolle spielen wird. Der Ministerpräsident hat die Forderung der Christlich-Demokraten zu ihrer Befriedigung beantwortet.

In der Kammer wurden sämtliche sozialdemokratischen Abänderungsanträge, die eine 15-, 9- oder 6jährige Vorschulzeit für Kleinkinder bezweckten, in erster Lesung abgelehnt und gemäß dem Regierungsentwurf die dreijährige Vorschulzeit angenommen. Die Spannung zwischen den Sozialisten und den übrigen Regierungsparteien ist dadurch verschärft worden.

Prager Parlamentsprozeß.

Abgeordnete wegen Parlamentslärms verurteilt.

Prag, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Als nach harten Kämpfen im Abgeordnetenhaus die tschechisch- und deutschbürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten aller Nationen und auch gegen die tschechischen Nationalsozialisten die Erziehung der geltenden Lebensmittelpreise durch festere und höhere beschloßen, ließen sie bald darauf auch eine Erhöhung des Staatsgehaltes für die katholischen Priester, der „Kongrua“, folgen. Das war der ausbedungene Kaufpreis für die Stimmen der Liberalen. Die Arbeiterparteien machten Opposition, und als der Präsident über eine „grundfällige“ Frage abstimmen ließ, um dadurch 1500 Einzelanträge der Opposition mit einem Schlag zu erledigen, griffen einige Kommunisten und Nationalsozialisten zur Gewalt. Dabei wurde ein bürgerlicher Abgeordneter durch ein Holzstück verletzt, das von einem der beimordenden Pulte abgebrochen war. Obwohl dies nicht die erste Wiederholung österreichischer Parlamentskrawalle im Prager Nationalparlament war und die Kommunisten, wie üblich, den Sachschaden freiwillig bezahlten, erhob die Staatsanwaltschaft Anklage, und die Mehrheit lieferte die Beschuldigten aus. Nach mehrtägiger Verhandlung, in der deutsche und tschechische Sozialdemokraten als Zeugen die damalige Sittingsleitung als geschäftsordnungswidrig und antisparlamentarisch kritisierten, ist jetzt das Urteil ergangen: Der Führer der deutschen Kommunisten Karl Reichlich-Reichenberg und der Nationalsozialist Kneißl wurden freigesprochen, die kommunistischen Abgeordneten Harus und Bilal zu je vier Monaten, und ihr Partei-

Reichstag und Grundschule.

Beiwichtigungsversuche der bürgerlichen Parteien.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Beratung der Anträge zur Änderung des Grundschulgesetzes fort. Abg. Frau Scheidel (Dnat.) stellt es in Rede, daß die Antragsteller eine besondere Absicht mit der von ihnen gewünschten eiligen Verabschiedung dieser Vorlage verbunden hätten. Wenn die privaten Vorschulen jetzt beseitigt werden sollten, dann würden viele Kinder ganz ohne Unterricht bleiben, denn in manchen Orten könnten die Volksschulen gar nicht alle Kinder aufnehmen. Die Privatschulen und deren Lehrkräfte müßten also vor wirtschaftlicher Schädigung bewahrt bleiben.

Abg. Rheinländer (Z.) weist die Angriffe der Linken gegen die Vorlage zurück. Die Linke mache aus einer sachlich notwendigen Entschädigungsmäßnahme eine hochpolitische Angelegenheit. Das sei Konventionen gegen Spanien. Die Ausschulvorlage sei keine Verletzung des Grundschulgesetzes, sondern seine notwendige Ergänzung. Auch die Verfassung werde dadurch nicht verletzt.

Abg. Rosenbaum (Komm.) bekämpft die Vorlage. Die Regierung müsse sich darüber äußern, ob sie ihren Einspruch gegen die Vorlage aufrecht erhält, oder ob sie ihre Rechte bereits an eine neue schwarzblaue Regierung abgetreten habe.

Abg. Dr. Runkel (D. Sp.) behauptet, daß diese Vorlage kein verfassungsänderndes Gesetz sei. Es handle sich um eine Übergangsbestimmung, durch die die Grundschulen weder in ihrem Wesen noch in ihrem Bestande berührt würden. Das Gesetz wolle nur die im Grundschulgesetz bereits vorgesehenen Entschädigungen oder anderweitige Sicherstellung der Lehrkräfte und Unterrichtsgegenstände reichsgeleichtlich regeln.

Abg. Rönneburg (Dem.) äußert erhebliche Bedenken gegen die Anträge der Rechten. Unmöglich könne eine so wichtige Angelegenheit erledigt werden, bevor eine verantwortliche Regierung da sei.

Abg. Aube (Völk.) stimmt der Vorlage zu. Wenn die Grundschule an Ansehen verliere, so sei der Terror schuld daran, wie er beispielsweise in Neudorf gegen Andernordende ausgeübt werde. Auch der Abg. Löwenthal habe eine Privatschule besucht.

Abg. Löwenthal (Soz.) stellt in einer persönlichen Bemerkung fest, daß die von ihm besuchte Schule eine Volksschule war. Damit scheidet die Aussprache, die Abstimmung wird auf die nächste Woche vertagt.

Einige von den Völkischen gestellte Aufwertungsanträge werden dem Rechtsausschuß überwiesen.

Gegen 4½ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Kulturprogramm des Auswärtigen Amtes.

Der Hauptausschuß bewilligt neue Vertretungen.

In der Donnerstagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt, in dem die Einzelberatung des Etats des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung stand, referierte der Berichterstatter Dr. Hoehsch (Dnat.) zunächst über die Gesandtschaften, Vertretungen des Reichs und Konsulate. Nach lang ausgeglichener Debatte wurden nach Ablehnung eines kommunikativen Antrags, den deutschen Volkshäuser beim Balkan zu streichen, alle bestehenden Vertretungen wieder und von neuen Gesandten resp. Generalkonsulen die folgenden bewilligt: Mittelamerika, Frankreich: Marseille, Schweiz: Zürich, Großbritannien-Irland: Dublin, Niederländisch-Indien: Batavia, Brasilien: Sao Paulo. In neuen Konsulaten wurden bewilligt: Brasilien: Curitiba und Florianopolis, Niederländische Besitzungen: Surabaja, Roxwegen; Bergen, Spanien: Sevilla, Türkei: Trepezint, Vereinigte Staaten von Amerika und deren Besitzungen: Atlanta.

Eine umfangreiche Aussprache, die noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt hat, eruierte sich sodann über die den Auslandsbeamten zu gewährenden Aufwandsgehälter und Auslandszulagen. Der Ausschuss war der Ansicht, daß das Auswärtige Amt noch einmal sorgfältig nachprüfen möge, ob hierbei nicht Einsparnisse zu erzielen seien.

Auf gestern gestellte Fragen gab der Leiter der Kulturabteilung, Gefandter Freitag, Auskunft über das Kulturprogramm des Auswärtigen Amtes. Die Aufgaben dieser Abteilung hätten

in der ersten Zeit nach dem Kriege durch die Beschränktheit der Mittel und durch den Abbruch der Verbindungen infolge des Kriegs noch nicht wieder in vollem Umfang aufgenommen werden können. Neuerdings sei an die auswärtigen Missionen ein Erlaß herausgegeben, über die in ihren Bereich fallenden Kulturaufgaben genau zu berichten. Auch im Inland wird das Auswärtige Amt im engen Vernehmen mit den übrigen Ressorts der Reichsregierung und der Länder arbeiten. Dabei wird angestrebt werden, ein Nebeneinanderarbeiten auszuhalten. Private Anregungen werden bereitwillig entgegengenommen, doch muß das Auswärtige Amt sich die Initiative für die planmäßige Gestaltung der kulturpolitischen Arbeit vorbehalten. Gefandter Freitag hofft, bei Beratung des nächsten Etats über das auf diesem Gebiete Erreichte schon mehr berichten zu können. Redner gab dann noch verschiedene Auskünfte über die Bemühungen des Auswärtigen Amtes, das Studium der Ausländer in Deutschland z. B. durch Werbung, Fürsorge für ihre Unterbringung und anderes zu fördern.

Hierzu lagen zwei Zentrumsentscheidungen vor: die Reichsregierung zu ersuchen, im Benehmen mit den Länderregierungen zu erwägen, für die in Deutschland studierenden Ausländer Einrichtungen zu schaffen, die ihnen eine verteilte Kenntnis des deutschen Geisteslebens und Volkstums zu vermitteln geeignet sind, und 2. das Auswärtige Amt zu ersuchen, im Benehmen mit den Länderregierungen der Frage des Einflusses der Hochschulgebühren auf das Studium von Ausländern in Deutschland besondere Beachtung zu schenken.

Beamtenpolitik in Preußen.

Eine Rede Grzesinski im Hauptausschuß des Landtags.

Der Hauptausschuß des Landtags begann am Donnerstag mit der Beratung des Etats des Ministeriums des Inneren. Abg. Böker (Dnat.) und Abg. Dr. v. Richter (D. Sp.) sprachen über die Personalpolitik des Innenministers und über den angeblich vermehrten politischen Druck auf die Beamten. Der deutschnationale Redner behauptete insbesondere, daß die Stellung Preußens zum Reich immer schlechter würde. Der volksparteiliche Staatsredner beschwerte sich über die Verabschiedung des Staatssekretärs Meißner und fragte den Minister ob das von ihm so geschätzte und bevorzugte Reichsbanner auch der neuen Reichsregierung die Treue wahren und die Verammungen schlißen würde.

Innenminister Grzesinski erwiderte auf Anfragen aus dem Ausschuss, daß die studentischen Schlägermensuren strafbare Handlungen und als solche von der Polizei zu verfolgen seien. Für die Erleichterung der Einbürgerung werde er sich im Reichsrat entschließen einsehen. Die Annahme von Regierungenreferendaren habe er vorläufig gesperst, um sehr ernsthaft die Frage zu prüfen, wie in Zukunft eine bessere Auswahl des Nachwuchses garantiert werden könne. Jemandem politischer Druck würde, abgesehen von dem Verlangen positiver Einstellung zum gegenwärtigen Staat auf die Beamten nicht ausgeübt, aber ihm persönlich sei die Linie seiner Tätigkeit durch keine sozialdemokratische Bestimmung vorgeschrieben und er werde davon ebensowenig abweichen, wie er von den neuen deutschnationalen Ministern im Reiche erwarte, daß sie sozialdemokratische Politik treiben würden. Im übrigen lie Preußen immer der treueste Teil des Reiches gewesen und werde es auch in Zukunft bleiben.

Der Zentrumsredner Abg. Hefz begann mit einer Huldigung für Severing, der zu seiner Freude an diesen Staatsberatungen wieder teilnehme, und mit einer Erklärung unbedingten Vertrauens zu Grzesinski und dem neuen Staatssekretär Abegg. Grzesinski habe im Rheinland eine begehrte Aufnahme nicht nur bei den Sozialdemokraten und beim Zentrum, sondern bei der ganzen Bevölkerung gefunden. Die Klagen der Deutschnationalen über Bedrückung erschienen ziemlich lächerlich, wenn man etwa an die Zeiten des Kulturkampfes zurückdächte. Das Zentrum bleibe bei der im Vorjahre ausgesprochenen Erklärung bestehen, daß es jede Garantie für den Bestand der deutschen und preussischen Republik auf sich nehme. Abschließend sprach sich der Zentrumsredner gegen eine Verwaltungsreform und für Aufrechterhaltung des föderalistischen Staates aus. Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt.

genosse Safranko zu drei Monaten, alle drei zu Kerker mit eintägigem Fasten im Monat verurteilt, und zwar wegen ihres tätlichen Angriffes auf den Präsidenten des Abgeordnetenhauses in der Sitzung vom 19. Juni. Von allen anderen Anklagepunkten wurden auch sie freigesprochen.

Der Staatsanwalt legt gegen die teilweise Freisprechung Berufung ein.

Dogromheke in Litauen.

Durch das Regierungsblatt.

Konno, 27. Januar. (DE.) Die „Lithauische Stimme“ beklagt sich über die zunehmend judenfeindliche Haltung des offiziellen „Litwaits“, den man neuerdings geradezu als ein Kampfblatt für aktiven Antisemitismus ansehen müsse. Dieses Blatt führe eine Pogromstimmung in Litauen und es sei unbegreiflich, daß der Staatspräsident Smetona, der dem „Litwaits“ doch sehr nahesteht, eine solche Tonart gegen eine starke Minderheit im Lande dulden könne.

Bulgarischer Wahlwirrwarr.

Zersplitterung der Opposition!

Sofia, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierungswie Oppositionsparteien benutzen die augenblicklichen parlamentarischen Ferien zu den Vorbereitungen für die vermutlich nahen Sabranjewahlen, deren Termin noch nicht bekannt ist. Die regierende „Demokratische Vereinigung“, die selbstherrlich das Recht der Frischlegung für sich allein in Anspruch nimmt, weicht jeder Anfrage der Opposition danach aus, so daß diese eine überraschende Angekung der Wahlen fürchtet. Nach dem Buchstaben der Verfassung muß die heutige Kammer ihr Mandat erst am 28. Oktober, also genau vier Jahre nach der Wahl niederlegen; aber nach vielvertreter Auffassung und dem bisherigen Brauch hat das bereits am 28. März, dem Ende der vierten regelmäßigen Session, zu geschehen. Allen Anzeichen nach wird sich die Regierung weder für den einen noch den anderen Termin erklären, sondern den für sie am nächsten Termin wählen.

Vorbereitend haben die meisten Oppositionsgruppen schon die Agitation begonnen. Die „weitherigen“ Sozialdemokraten haben in einer Zentralkomiteesitzung beschlossen, dem erweiterten Parteivorstand die Revision der letzten Kongressresolution nahezu legen, der zufolge Wahlbündnisse mit bürgerlichen Oppositionsparteien nicht eingegangen werden dürfen. Wie wir erfahren, stehen Koalitionsverhandlungen mit den Radikalen und Dragiewisten (die mit den deutschen Demokraten zu vergleichen sind) bevor, da man wegen der politischen Lage auf sozialistischer Seite fast einstimmig die Meinung vertritt, daß Wahlbündnisse mit linksgerichteten bürgerlichen Parteien durchaus im Interesse der Partei und des Landes liegen. Die sozialistische

Föderation, die sich kürzlich mit einem Flügel der Bauernpartei und den früheren Kommunisten zu einer Kampfgemeinschaft zusammengeschlossen hat, entfaltet eine erhöhte Wahlpropaganda. Die Demokraten unter der Führung Wallinoffs stehen nun in Verhandlung mit einem der Flügel der Bauern wie der Liberalen zur Wiedererneuerung der bei den letzten Kreiswahlen mit Erfolg eingegangenen Koalition. Aller Wahrscheinlichkeit wird sie wieder zustandekommen. Die Radikalen und Dragiewisten sind schon seit einigen Wochen vereint und haben als erste der Oppositionsparteien überall den Wahlkampf eröffnet. Die Nationalliberalen haben sich inzwischen gespalten. Der gemäßigtere Flügel hat Verbindung mit den Demokraten und Bauern aufgenommen, während die radikalere Richtung jede Koalition mit der Linken ablehnt. — Die Bauernpartei, heute neben den Sozialisten die einflussreiche Partei mit ausgesprochenem Klassencharakter, steht augenblicklich in heftigen inneren Kämpfen, die bisher zur Spaltung in drei Gruppen geführt hat.

Es besteht bei diesem erheblichen Wirrwarr innerhalb der maßgeblichen Oppositionsparteien wenig Hoffnung, daß die herrschende „Demokratische Vereinigung“ durch die Wahlen endgültig aus dem Sattel gehoben wird. Dazu kommt noch, daß den heutigen Wahlhabern unbeschränkte Geldmittel aus der Staatskasse für ihre Wahlkämpfe zur Verfügung stehen und der ganze Wahlapparat in ihren Händen liegt. Wie der sozialistische „Korob“ (Die Nation) schreibt, sind bereits die Parteiorgane und geheimen unabhägigen Agenten der Regierung am Werk, die Wahlen für sie vorzubereiten.

Anfänglich des schrecklichen Terrors, den die bulgarischen „Unverantwortlichen“ gegen die Arbeiter- und Bauernbewegung treiben, mühten sich alle Oppositionsparteien bis auf den letzten Mann zusammenzuscharen, um diese empörenden Zustände zu beseitigen. Hoffentlich bekennt man sich noch!

Russische Offiziersprüfungen.

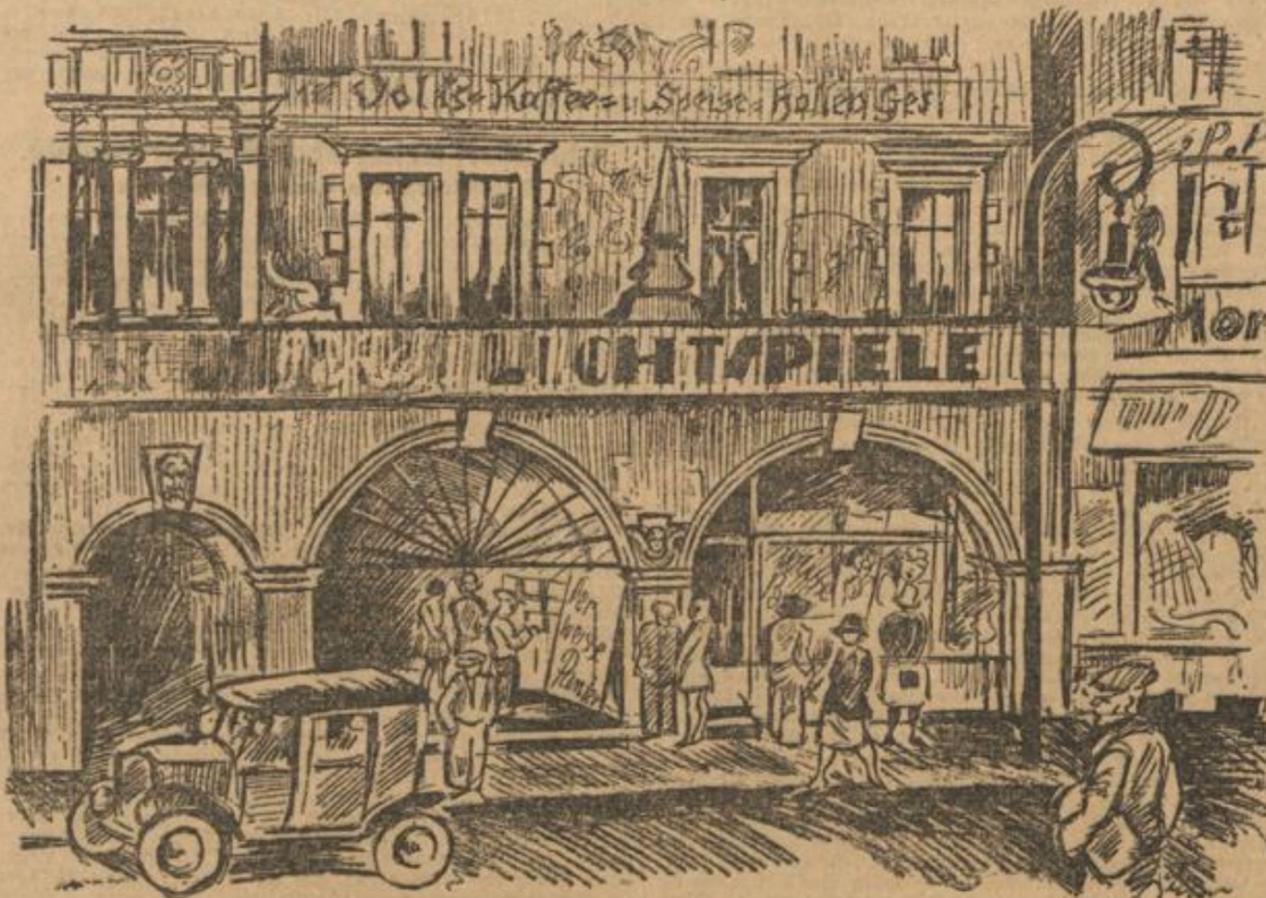
Politik: ungenügend.

Moskau, 27. Januar. (DE.) Wie das Militärblatt „Krasnoje Swesda“ mitteilt, hat der größte Teil der Offiziere des Leningrader Wehrkreises bei der Prüfung sehr schlecht abgeschnitten. Dieses Resultat bedeutet auch deshalb eine Enttäuschung, weil schon seit einiger Zeit im Interesse der „Einheitlichkeit der Kommandogewalt“ darauf hingearbeitet wird, den Offizieren auch die politische Instruktion in der Roten Armee anzuvertrauen.

Kamenew zu Mussolini entsandt. Kamenew, an Stelle Kerengens zum bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Italien ernannt, ist nach Rom abgereist.

Die deutsch-tschechische Hultschingergrenze ist jetzt wieder Gegenstand von Verhandlungen zwischen beiden Staaten wegen Abschluß eines Abkommens zur Regelung der Grenzverhältnisse des Hultschiner Ländchens.

„Faust“ im Café Dalles.



Café Dalles — das war der Inbegriff alles Schmierigen, Düsternen und Hoffnungslosen; der Galgenhumor hatte die Wärme- und Speisehalle in der Schönhauser Straße mit diesem euphemistischen Namen getauft.

ortige „Eintrittskartenschleuderei“, und als sich der Inhaber des Kinos sträubte, dem ersten Ansuchen nachzukommen, drohte man ihm sogar mit dem Entzug der Filme, und nun mußte er nachgeben.

Eine traurige Aufrührung hat das Verschwinden des 26 Jahre alten Ingenieurs Karl Biezens aus der Simplonstr. 41 gefunden. Biezens war in einem Betriebe in Brieg angestellt.

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

„Louis“, sagte der Direktor, „führe diesen Knaben auf Numero sechs. Und jetzt heißt es aufrecht gehen, sonst weh dir.“

„Komm her“, schrie der Herr Direktor, „kannst du nicht höflich sein und der Schwester Jeanne danken, die die Güte gehabt hat, dich herzuführen?“

„Da ist das Hundeloch, ich schlafe auch hier, so find mir Zimmerameroden.“

„Hier wirst du schlafen“, sagte mir der Junge, „neben mir, das ist das letzte leere Bett.“

„Wie heißt du eigentlich?“

„Jacques Balcourt, und du?“

„Louis, wie alt bist du?“

„Zehn Jahre.“

„Du bist groß, ich hätte dich für zwölf gehalten. Seit wann bist du auf dem Hofster?“

„Ra also, seit wann hat dich deine Alte verlassen?“

„Du“, sagte er, „es geht einem hier nicht schlecht, jetzt find wir im ganzen fünf, du bist der sechste. Ich bin schon

zehn Jahre hier, man kann ruhig sagen, daß ich zu der Bude gehöre, der Direktor ist nicht böse, sein Sohn auch nicht; die Alte schreit immer herum, du brauchst dich aber vor ihr nicht zu fürchten, wenn sie dir auch einmal eine herunterhaut.

„Komm jetzt zum Abendessen“, sagte er.

Wir gingen ins Speisezimmer hinunter. Vier Jungen in grauer Hofe und mit blauen Schürzen waren schon darin, der eine mochte fünfzehn Jahre sein, die anderen waren in meinem Alter. Neugierig schauten sie mich an.

„Sprich laut und deutlich“, sagte sie in schulmeisterlichem Ton und setzte sich zu Tisch.

„Du setz dich neben mich“, sagte mir der junge Mann und zeigte auf den Platz neben sich.

„Danke schön.“

„Herr segne diese Speisen, die uns deine Barmherzigkeit spendet, Amen.“ sprach mit lauter Stimme der Herr Direktor.

Die Frau Direktor teilte die Suppe aus, dann bekamen wir noch einen Reisbrei und man stand vom Tisch auf.

„Louis“, rief die Frau Direktor, „hast du heute Abend Dienst?“

„Ja, gnädige Frau“, kramelte ich.

„Gut, so nimm dir den Reuey zur Hilfe mit, er soll sich an die Hausordnung gewöhnen.“

Ich wurde in die Küche geführt, wo eine alte Frau saß, sie hatte die Ellbogen auf den Tisch gestützt und verschläng gierig eine riesige Schüssel Reis mit getrockneten Pflaumen.

„Das ist die Köchin, Fräulein Klothilde“, küsterte mir mein Schützengel zu.

Das Schicksal der Verkehrsreform.

Beratungen vor dem Haushaltsausschuß.

Gestern beschäftigte sich zum erstenmal der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung mit den Registrarsvorlagen über die Berliner Verkehrsreform.

„Wir waren beide arbeitslos...“

Tragödie im Proletarierheim.

Der Fall des angeklagten Arbeiters Albert Fendel entrollt ein bedrückendes und trostloses Bild aus dem Dasein zweier arbeitsloser Proletarier.

Es war, so erzählt er, der 10. November, der Geburtstag meiner Frau. Wir waren beide arbeitslos und hatten an dem Morgen die Erwerbslosenunterstützung eingezogen.

„Das ist ein Neuer“, erklärte Louis, „er wird mir beim Geschirrabtrocknen helfen.“

„Gut, hol Wasser.“ Dann wendete sie den Kopf nach mir und fragte mich mit Verachtung: „Wie heißt du?“

„Jacques.“

„Täte dir auch nichts schaden, wenn du „Fräulein“ sagen würdest. Kannst du Geschirr abtrocknen?“

„Ja, will es versuchen.“

„Berjuden willst du's?? Das ist wirklich eine freche Antwort.“

Und sie drehte mir den Rücken, der der Statue der Republik ähnlich war. Dabei brummte sie etwas Unverständliches vor sich hin.

„Nimm es nur mein Junge“, sagte sie gnädig.

Louis tauchte den Teller ins schmutzige Wasser, so dann reichte er ihn mir; während ich ihn abtrocknete, betrachtete ich Fräulein Klothilde, deren hebelvolles Gebahren mich besüßigte und demütigte.

„Trottel, Bieh, Dummkopf, Kretin“, schrie sie mit einer schrillen Stimme, wie ein wütender Papagei.

„So ein Esel“, rief sie, „kann man ihn denn zu gar nichts gebrauchen!“

Und voller Verachtung fügte sie hinzu: „Solche Habenichtse geben immer am wenigsten acht. Jetzt geh schlafen und morgen werden wir dann sehen, ob du zu einer Arbeit zu gebrauchen bist.“

(Fortsetzung folgt.)

gelegt. Sie schloß und schlief dann ein. Ich bin über sie ins Bett geklettert und gleich eingeschlafen. Am Morgen sah ich, daß sie blaue Flecke im Gesicht hatte. Es tat mir leid, sie so gehauen zu haben. Augen und Mund waren aber zu, und ich dachte, sie schläft. Ich ließ sie schlafen und ging zum „Stempeln“. Unterwegs fiel mir ein, daß sie doch auch stempeln muß, und ich ging zurück. Da lag sie auf dem Fleck, wo sie gelegen, und ich sah, daß sie tot war. Nun ging ich zur Polizei. — Vorl.: Sie haben doch vorher die Stube aufgemischt? — Angekl.: Nein, ich habe gar nichts gemacht. Nur einen Blutstropfen habe ich ihr von der Nase weggewischt. — Die Polizei hat, wie die Beweisaufnahme weiter ergab, festgestellt, daß der Angeklagte die Wohnung ausgeräumt und den Fußboden aufgemischt hatte. Die Blutspuren waren noch deutlich erkennbar. Das Nasenbein und die Stirn der Leiche waren blutunterlaufen. In den Schläfen waren große Löcher. Der Angeklagte wollte sich nicht erinnern können, womit er geschlagen habe, ob mit einer Prekshole oder mit einer Bierflasche. — R. A. Dr. Max Kantorowicz wies darauf hin, daß der Angeklagte die Tat in schwerer Trunkenheit begangen habe, da er 15 bis 20 Glas Bier und einen großen Teil von dem Liter Kognak getrunken hatte. Das Schwurgericht billigte dem Angeklagten zwar mildernde Umstände zu, glaubte aber, daß die rohe und schwere Mißhandlung der Frau, die deren Tod verursacht hatte, besonders schwer geahndet werden müsse, weshalb auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis erkannt wurde, unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. Der Angeklagte nahm die Strafe sofort an.

Zur Klinikensperre.

Die Ärzte schreien: Halte den Dieb!

Der Groß-Berliner Arztverband hat in Nr. 38 des „Berliner Lokal-Anzeiger“ folgende öffentlich Anfrage an den Verband der Krankenkassen gerichtet: „Der Verband hat als Kampfmaßnahme gegen die Klinikensperre eine Anzahl von Privatkliniken geschlossen. Infolgedessen haben in den letzten Tagen diese Kliniken in mehreren Fällen lebensbedrohlich erkrankte Kassenmitglieder abweisen müssen, obwohl deren anderweitige Krankenhausunterbringung nicht gesichert war. Ist der Verband der Krankenkassen gewillt, die Verantwortung dafür zu übernehmen, wenn daraus den Versicherten Schaden an Leib und Leben erwächst?“

Der Verband der Krankenkassen sendet uns darauf folgende Antwort mit der Bitte um Veröffentlichung: „1. Es ist unwahr, daß die Sperrung der Privatkliniken eine Kampfmaßnahme gegen die Klinikensperre ist; wahr ist, daß die Sperrung der Kliniken eine Abwehrmaßnahme gegen die durch die Klinikensperre über die Kassenlinie „Cecilienhaus“ verhängte Sperre darstellt. 2. Es ist unwahr, daß diese Kliniken in mehreren Fällen lebensbedrohlich erkrankte Kassenmitglieder abweisen mußten; wahr ist, daß diese Kliniken gar nicht in die Lage kommen, Kassenmitglieder abzuweisen. Kassenmitglieder, die ein Krankenhaus aufsuchen müssen, besorgen sich telefonisch oder durch Angehörige einen Aufnahmchein und werden von der Kasse direkt einem Krankenhaus überwiesen. In jedem Falle ist die Krankenhausunterbringung gesichert. — Den Schluß der öffentlichen Anfrage beantworten wir mit der Gegenfrage: Ist der Groß-Berliner Arztverband gewillt, die Verantwortung dafür zu übernehmen, wenn aus der Sperre des „Cecilienhauses“ den Versicherten Schaden an Leib und Leben erwächst?“

Daß die Ärzte jetzt „Halte den Dieb!“ schreien, wird nicht übersehen. Auf ihnen lastet die Verantwortung für die notwendig gewordene Abwehrmaßnahme der Klinikensperre. Das kann durch keine Verdrehungskunststücke der kassenfeindlichen Presse wegbespielt werden. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ nennt das Vorgehen des Verbandes der Krankenkassen „bräut“. Daselbe Blatt findet kein Wort der Entrüstung über den Boykott der Klinikensperre gegen die kassenfeindliche Frauenklinik!

„Lästige“ Kranke.

Hart und erbarmungslos arbeitet die Maschine Großstadt. Ein Augenblick der Schwäche, und das mächtige Getriebe zermalmt und zerrit, was sich ihm hindernd in den Weg stellt. Ein ungemein trauriges Zeitbild sei hier kurz geschildert: Die Ehefrau eines Portiers zog sich vor langen Jahren, vielleicht als Folge ungelundeter Wohnverhältnisse, ein schweres Lungenleiden zu. Durch über große Anstrengung — der Mann war im Felde, und die Frau mußte die schwere Hausarbeit, unter anderem das anstrengende Bedienen der Zentralheizung und Warmwasseröfen besorgen — verschlimmerte sich der Zustand derart, daß ihr eine Invalidenrente ausgesetzt wurde. Ein längerer Aufenthalt im Krankenhaus brachte nicht nur keine Besserung, sondern infolgedessen eine Verschlechterung, als die Kranke durch den juckbaren Laktid des täglichen Sterbens um sie herum — sie befand sich in einer Schwerkrankenabteilung — auch noch heftig vollkommen gebrochen ward. Nun suchte sie wieder die häusliche Pflege auf, es ging ihr auch wieder eine kurze Zeit etwas besser, aber das heimtückische Leiden nahm unheimlich seinen Fortgang. Jetzt ist sie soweit, daß sie von der Krankenkasse keine Unterstützung mehr bezieht, ein Aufenthalt in einer Heilstätte kommt wegen der Unheilbarkeit ihres Zustandes nicht in Frage. Der einzige Ausweg bliebe wieder das Krankenhaus. Aber all die Eindrücke ihres früheren Aufenthaltes haben sich zu einem grauenvollen Bild in ihrer Erinnerung verdichtet, und sie wehrt sich mit all ihren schwachen Kräften dagegen. Dabei teilt die todkranken Frau, die man bereits in die Kategorie der Hoffnungslosen eingereiht hat, mit ihrem Manne ein und daselbe Lager, außerdem schläft in dem Raum auch noch ein 18jähriger Sohn. Um das Maß des

Anglicks vollzumachen, wurde dem Manne jetzt auch noch die Portierstelle gekündigt. Alle Sorgen, alle Kosten ruhen heute noch auf den Schultern der todgeweihten Frau.

Das Ganze ein Stück Großstadtschicksal der vom Glend Gezeichneten.

Verdiente Abfuhr.

Tas Handwerk gegen die Wirtschaftspartei.

Noch niemals hat wohl eine Partei einen so raschen und katastrophalen Niederbruch erlitten wie die künstlich mit Hausbesitzergeldern aufgetriebene Wirtschaftspartei. Unter dem Druck der seit Wochen bestehenden gewaltigen Erregung des Mittelstandes wurde der wirtschaftsparteiliche Reichstagsabgeordnete Holzamer gezwungen, am gestrigen Abend im großen Saal der Kammeräle vor über 1000 Innungsmitgliedern den Genossen Landgerichtsrat Ernst Ruben sprechen zu lassen. Er war als Korreferent vorgelesen. Als Referent war der Landtagsabgeordnete der Wirtschaftspartei Müller-Franken ausersehen.

Obwohl Müller-Franken möglichst das eigentliche Thema umging und so tat, als wenn der Wohnungsbau durch den Abbau des Mieterschutzes gefördert werden könnte, konnte er kaum sein Referat zu Ende führen. Dauernd ertönten aus der sonst so lammtrömmen Schaar der Mittelständler Rufe: Schluß; Ruben soll sprechen. Obwohl er phantastische Mieterhöhen zugab, bestritt er, daß die Wirtschaftspartei jemals die Herausnahme der gewerblichen Räume aus dem Mieterschutz gefordert hätte, behauptete, sie seien stets für die Aufrechterhaltung von Schutzbestimmungen gewesen, fand aber niemand mehr, der ihm glaubte. Rufe wie: Verräter, weg mit Euch usw., erregten den Beifall.

Genosse Ruben setzte in etwa dreiviertelstündiger Rede die wirtschaftliche Lage in Verfolg der Inflation, der Arbeitslosigkeit und der Schwächung der Konsumkraft der Bevölkerung die juristische Sinnlosigkeit der Verordnung und an Hand umfangreichen Materials ihre katastrophale Auswirkung auseinander. Während Hirtler bis in den Himmel gehoben wird, zeigte er auf Grund von Berichten, wie gerade die Hausbesitzer vor dem ihn auf das heftigste bekämpften haben. Der Behauptung, die Verordnung werde nicht aufgehoben, setzte er die Anträge aller Parteien gegenüber, die am Mittwoch im Landtag gestellt waren. Die Volkspartei beantragt Hinausschiebung der Frist zur Kündigung auf den 30. September 1927 und Schutzmaßnahmen durch das Reichsschöffengericht bis zum 31. März 1928. Die Deutschnationale Partei spricht in ihrem Antrag von dem verantwortungslosen Treiben der Hausbesitzer und verlangt umfangreiche Abschwächungen der Verordnung. Die Sozialdemokratische Partei hat die glatte Aufhebung der Verordnung beantragt. Die bloße Mitteilung dieser Tatsachen brachte eine ungeheure Erregung in die Versammlung. Bis um Mitternacht versuchte der Vorstand, wenn auch vergeblich, die Leitung in der Hand zu behalten. Die Resolution, die er vorlegte, wurde niedergeschrieben. „Wir sind verlegen. Wir glauben, eine Partei zu haben, die uns schützt. Wohin sollen wir uns jetzt wenden? Wir wollen eine Partei, die die Interessen der Mieterschaft so energisch wahrnimmt, wie die Wirtschaftspartei die Interessen unserer wirtschaftlichen Gegner! Sollen wir eine neue Partei gründen? Wir glauben, der Innungsvorstand trete für die Interessen der Mitglieder ein. Wir haben uns getraut!“ So erschollen die Rufe in der Dis-

kusultation zu befehlen. Ein karger, harter Geist spricht aus diesen Ausführungen.

Der Vorstand versuchte dann, sich wenigstens gegen die Herausnahme der gewerblichen Räume aus dem Mieterschutz zu wenden, aber vergeblich. Gegen eine Stimme wurde die völlige Aufrechterhaltung des gesamten Mieterschutzes gefordert und der Obermeister Holzamer beauftragt, mit aller Energie für die Aufhebung der Hirtler-Verordnung einzutreten. Er wird also entweder sein Amt als Obermeister oder sein Mandat als Reichstagsabgeordneter der Wirtschaftspartei niederlegen müssen. Die Deutschnationale ist jetzt wohl mit Recht auf seine Entschlüsse gespannt.

Das Ritterberghaus für heimatlose Kinder in Lichterfelde (Oberin E. von Kaudell) bittet, bekanntzugeben, daß infolge der Hirtler-Verordnung das für kranke Kinder gemietete Unterkunftsheim ihnen durch die Kündigung entzogen werden soll. Und das nennt man Volkswohlfahrt?

Zehlendorf weiter ohne Schwarzrotgold.

Deutschnationale Beamte wünschen es!

Ein Vorgang in der Zehlendorfer Bezirksversammlung am vergangenen Mittwoch verdient an besonderer Stelle behandelt zu werden. Wie erinnerlich hatte sich in Zehlendorf der beschämende Zustand ergeben, daß am Verfassungstage weder Schulen noch kommunale Gebäude in den Farben des Reiches geflaggt hatten und die Deutschnationale Bezirksbürgermeister Dr. Schuhmacher als Erklärung lächerliche Ausflüchte gebrocht hatte. Um diesem in Groß-Berlin vermutlich einzigartigen Zustand ein Ende zu machen, hatte unsere Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

Das Zehlendorfer Bezirksamt wird ersucht, sofort für alle Dienstgebäude und Schulen Fahnen in den Reichsfarben zu beschaffen, damit die öffentlichen Gebäude bei eintretenden Gelegenheiten in eintr in der deutschen Republik üblicher Weise beflaggt werden können. Genosse Schnorre führte aus, daß es nur in einem deutschnationalen Bezirk wie Zehlendorf möglich sei, die Richtlinien des Magistrats über die Beflaggung der öffentlichen Gebäude zu sabotieren. In der wilhelmianischen Zeit wären Verwaltungsbeamte, die einen derartigen Erlaß mißachteten, innerhalb 24 Stunden unmöglich geworden. Die Geduld der Republik gegen diese sabotierenden Beamten scheint unerschöpflich zu sein. Als der deutschnationale Bezirksverordnete Haght sich in wüsten Schimpereien gegen die Republik mit freundlicher Duldung seiner Fraktionsfreunde erging (er sprach von republikanischer Zämmlichkeit), erfolgte energischer und lauter Protest der SPD. Die Erregung hierüber teilte sich auch den Tribünenbesuchern mit. Dieser Herr Haght besah die Dreifaltigkeit, seine Beschimpfung noch einmal zu wiederholen, und erst das sehr energische Eingreifen des Vorsitzenden v. Seefeld, der mit Ordnungsruf und Wortentziehung vorging, brachte den Deutschnationalen zur Besinnung (übrigens gehört Herr v. Seefeld nicht wie irrtümlich in der Morgennummer bemerkt wurde, der Deutschnationalen, sondern der Demokratischen Partei an). Damit aber nicht genug, gab der Stadtrat Hoge, Rendant im Reichsarbeitsministerium, bekannt, die Deutschnationale Partei an. Damit aber nicht genug, erklärte der Stadtrat Hoge, man müsse es dem Bezirksamt überlassen, die Bestimmungen des Magistrats lokal durchzuführen; seine Partei lehne den Antrag ab. Genosse Draemert ging dann mit den Deutschnationalen noch besonders ins Gericht. Der Antrag, der endlich einen geradezu skandalösen Zustand beseitigen sollte, wurde mit den Stimmen der folgenden deutschnationalen Bezirksverordneten abgelehnt: Geh. Reichsratsrat Pfundtner (Schlagsteinsee), Stadtrat Dr. Beeh (Bannsee), Stadtrat Hoge, Regierungs- und Baurat z. D. Mirbach (Dahlem), Regierungsbaumeister a. D. Haght und Konditorbesitzer Parsch. Also ein hoher Regierungsbeamter, ein aktiver Stadtrat, ein Stadtrat der Stadt Berlin und zwei staatliche Pensionäre unternehmen es, mit der Begründung des Stadtrats Hoge, die einer Verhöhnung gleichkommt, die Beschaffung schwarzrotgoldener Fahnen unmöglich zu machen. Und der als Berichterstatter im Zehlendorfer Ortsblatt fungierende aktive Volksschullehrer wagt es, in seinem übigen Geschmierel offen von Schwarzrotgold zu schreiben. Gibt es denn im Staat und in der Gemeinde niemanden, der diesen Leuten das Handwerk legt?

Der Autoschieberprozeß Heinz v. Lehn.

Die Verhandlungen in den Autoschieberprozeß gegen Heinz v. Lehn wurden in den letzten Sitzungen ausgefüllt mit der Vernehmung der 15 Angeklagten über ihren Werdegang. Unter den Angeklagten interessiert wohl nur noch besonders Hans Wachler, der neben Heinz v. Lehn von der Anklage am schwersten beschuldigt wird, und der auch allein noch mit v. Lehn sich in Untersuchungshaft befindet; er sitzt bereits 18½ Monate. Wachler war der Leiter der Transmarina G. m. b. H., die ihren Sitz in Hamburg hatte, und in die v. Lehn später mit eintrat. Genau so wie mit der Firma Apel u. Co. wurden auch mit der Transmarina umfangreiche „Autogeschäfte“ getätigt, die einen großen Teil der Anklage ausmachen. Auch Wachler erzählte dem Gericht eine lange Geschichte über sein Abenteuerleben, die nicht weniger romantisch klang als die Erzählung v. Lehns über seine Lebensschicksale. Er behauptet, in der Gegenpionage gegen unseren ehemaligen Feind tätig gewesen zu sein. Die Franzosen hätten deshalb auf seinen Kopf eine Prämie von 50 000 Mark ausgesetzt. Damit suchte der Angeklagte auch zu begründen, weshalb er sich bei den Geschäften der Transmarina des Namens v. Brenken bedient habe. Der Verhandlungsleiter, Amtsgerichtsrat Liebegott, notierte sich alle Angaben des Angeklagten sehr genau und erklärte, daß sie nachgeprüft werden würden, damit das Gericht seine Schlüsse auf die Glaubwürdigkeit des Angeklagten ziehen könne.

Funkwinkel.

Nachmittags- und Abendkonzert halten geschmackvolles Familienniveau. Kleine Stücke von Liszt und Kreisler bedeuten Lichtpunkte, und die Rikstarmärsche von Schubert, wie der Renerdeische Fackeltanz am Abend wirken sehr gut in der Interpretation durch das Blasorchester. Problematischer dagegen erscheinen Offenbach und Borghin, Märsche mit kriegerisch deströpten Titeln und wenig musikalischen Einfällen sind überflüssig. An sich ein in künstlerischer Beziehung wenig ergiebiger Tag. Auch die Vorträge befriedigen nicht durchgängig. Wie immer spricht Prof. Dr. Heilfron lebendig und fesselnd über „Rechtsfragen des Tages“. Dieses Mal behandelt er Ehescheidung. Wie immer sucht er an kleinen Beispielen, die aus dem Leben gegriffen sind, und die jeder Hörer versteht, den Sinn der Gesetze klarzumachen. Ein Redner, der eine aus den verschiedensten Gesellschaftskreisen bestehende Hörerschaft zu interessieren versteht. Leider kann man dies kaum von Edmund Erz behaupten, der über das Thema „Als erster Deutscher im Auto durch die Sahara“ spricht. Erz kennt aus eigener Anschauung die Sahara, aber seine Schilderungen lassen wenig davon merken. Es fehlen Anschaulichkeit und Plastik. Der Vortrag selbst wird in trockenem, dozierendem Ton gehalten. In das andere Extrem fällt Otto Jarek, der über das dichterische Drama der Gegenwart spricht. Immer erglüht er in Ekstase. Auch wenn man Gerhart-Hauptmann-Schwärmer ist, braucht man nicht über ihn mit dem Tremolo der Rührung zu sprechen. Die Auswahl scheint etwas eigenmächtig und subjektiv, ist aber von Jareks Standpunkt aus gut getroffen. Instruktionen Wert hat das Referat Dr. Liebenbergs über „Aktuelle Verurteilungen für Jugendliche und Erwachsene“. Leider reicht die Zeit nur für die Jugendlichen aus. Sehr scharf nimmt Liebenberg Stellung gegen die Eltern, die ihre Kinder unter allen Umständen dazu zwingen, das Gymnasium zu absolvieren und, wenn möglich, noch die

Große

Kaffee-Woche

für unsere stadtbekanntesten guten Qualitäten

bis Donnerstag, den 3. Februar

Spezial ¼ Pfd. 1¹⁵ jetzt 1⁰⁵ M.
Exquisit ¼ Pfd. 1⁰⁵ jetzt 95 Pf.

Hochfein ¼ Pfd. 85 jetzt 75 Pf.
Extrafein ¼ Pfd. 65 jetzt 55 Pf.

Eigene Kaffee-
Groß-Rösterei

Reichelt

147 Geschäft,
in Groß-Berlin

Was tut Berlin für die erwerbslose Jugend?

Täglich 2713 Jugendliche gespeist. — 50 Jugendheime geöffnet. — 170 Werkkurse mit 4500 Jugendlichen. — Bisher 1 Million Mark verausgabt.

Die alte Generation neigt leicht dazu, die Jugend von heute für besonders schlecht zu halten. Nur zu oft vergißt sie, daß ihnen der Krieg ihre Jugend raubte! Dieser Verlust ist unerföhrlich. Es ist kein Wunder, wenn diese Jugend körperlich und seelisch schwach und widerstandlos ist. Um so erfreulicher ist es, daß einige Kommunisten vorangegangen sind, Pionierarbeit auf dem schwierigen Gebiete der Jugendfürsorge zu leisten. Berlin, das in seinem Wohlfahrtswesen sowohl an Umfang wie auch an Leistungen für den einzelnen Hilfsbedürftigen wohl kaum einer Stadt Deutschlands nachsteht, hat beachtenswerte und zweifellos erfolgrbringende Arbeit für die erwerbslose Jugend in Angriff genommen. Sie ist leider, da sie sich in den einzelnen Bezirken abspielt, in ihrer Gesamtwirkung noch viel zu wenig bekannt.

Bereits im Dezember 1925 sind auf Anregung der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale Berlins einige sozialdemokratische Jugendwohlfahrtsbevollmächtigten zusammengetreten, um über geeignete Hilfsmöglichkeiten für die erwerbslose Jugend zu beraten. Noch bevor die tatsächlichen Körperkassen entscheidende Beschlüsse in dieser Frage gefaßt hatten, haben einige Jugendämter der Bezirke selbständig sich der Jugendlichen angenommen. Den einmütigen Vorschlägen der vereinigten Jugendwohlfahrtsbevollmächtigten stimmte der Magistrat in seiner Sitzung vom 27. Januar 1926 zu. Die Stadtverordnetenversammlung hieß schon in ihrer nächsten Sitzung am 2. Februar 1926 die vorgeschlagenen Grundzüge für die Arbeit an der Jugend gut und stellte für ihre Durchführung zunächst 150 000 M. bereit. Bis Ende Dezember 1926 hat allein die Stadtverordnetenversammlung 970 000 M. für die erwerbslose Jugend bewilligt; dazu kommen die nicht unerheblichen Beiträge, die einzelne Bezirke aus eigenen Mitteln aufgebracht haben. Die Gesamtausgabe für die Hilfsaktion im Interesse der erwerbslosen Jugend dürfte im Jahre 1926 die Summe von 1 000 000 M. erreicht haben. Die Maßnahmen, die die Jugendämter der einzelnen Bezirke getroffen haben, sind sehr verschieden. In dem zu erstrebenden Arbeitsziel dagegen besteht keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Zunächst kam es darauf an, den Jugendlichen materiell zu helfen. Die Erwerbslosenunterstützung reicht bei denen, die nicht bei den Eltern wohnen, oder deren Familie durch lange Arbeitslosigkeit des Vaters selbst in bitterer Not geraten war, kaum für die notwendige Ernährung aus. Viele Jugendlichen erhielten ein kräftiges Mittagsmahl. Gegenwärtig werden in Berlin werktäglich 2713 Jugendliche kostenlos gespeist. Fast noch notwendiger als die Speisung ist die vernünftige Ausfüllung der freien Zeit der erwerbslosen Jugendlichen. Das Richtmaß ist für Jugendliche gefährliches Gift. Ein großer Teil der in Berlin vorhandenen Jugendheime (etwa 50) sind in den Vormittagsstunden geöffnet, um hier den Jugendlichen unter Leitung ihrer Jugendführer ein anregendes Gemeinschaftsleben zu ermöglichen. Während der Sommermonate wurde den Jugendlichen Gelegenheit geboten, Spiel und Sport zu treiben. Auch Tagesausflüge und auch mehrtägige Wanderungen wurden in die nähere und weitere Umgebung Berlins unternommen.

Der Schaffensdrang der Jugendlichen.

Aber auch diese rein pflegerische Tätigkeit konnte nicht genügen. Daher wurden vom Herbst 1926 ab von den einzelnen Jugendämtern handwerkliche Kurse für jugendliche Erwerbslose eingerichtet. So entstanden Tischlereien, Schuhmachereien, Schneidereien für Jungen und Mädchen, Schloßereien, Buchbindereien, sowie Kurse in Deutsch, Rechnen, Stenographie und Haushaltung. Gegen Ende November 1926 gab es in Berlin 170 derartige Kurse, an denen sich 4518 Jugendliche beteiligten. Die Kurse werden aus Mitteln des Reiches unterstützt. In den Werkstätten arbeiten die Jugendlichen für ihre persönlichen Bedürfnisse und darüber hinaus für gemeinnützige Anstalten wie Kindergärten, Kinderchor, Waisenhäuser usw. Für diesen ihren Dienst an der Allgemeinheit, der sie so unendlich viel, manchmal sogar vielleicht die Rettung vor dem Untergang verdanken, haben die Jugendlichen volles Verständnis gezeigt. Die Beteiligung an den Kursen ist fast durchweg freiwillig. Ein indirekter Zwang wird zuweilen nur insofern ausgeübt, als die Teilnehmer an den Kursen, die sie nach Wahl belegen können, weitren Vergünstigungen wie Mittagessen, Museumsführungen, Kinovorstellungen, Theaterbesuche usw. teilhaftig werden. Die Jugendlichen haben aber überall, wo die Leiter der Kurse mit dem nötigen pädagogischen Geschick ihres Schwers Ansehen malten, sich zahlreich und willig beteiligt. Mit einem wahren Feuereifer sind die Jugendlichen bei der Arbeit. Es muß sogar oft sehr energisch geherbeigehandelt werden. Viele arbeiten über die festgesetzte Arbeitszeit, die infolge der großen Zahl der Jugendlichen und der räumlichen Beschränkung für den einzelnen Teilnehmer 12 bis 18 Stunden in der Woche dauert, hinaus. Ein großer Teil der Jugendlichen — im Bezirk Treptow 27 Proz. der Kursteilnehmer — beteiligt sich an mehreren Kursen. Die Kurse sind zwar in erster Linie für die Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren eingerichtet. Aber mehr noch melden sich Jugendliche, die das 18. Lebensjahr überschritten haben. Sie werden in der Regel nicht abgewiesen. Eine

Altersstatistik der Werkkursteilnehmer für ganz Berlin gibt es noch nicht. Im Bezirk Treptow z. B. beteiligten sich Ende November 176 Jugendliche an den Kursen. Davon waren unter 18 Jahren 82; männliche Jugendliche unter 18 Jahren 71, Mädchen unter 18 Jahren 11. Der größere Teil der Mädchen ist in der Fortbildungsschule tätig. Beim Arbeitsnachweis des Bezirks Treptow waren zur selben Zeit 171 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren gemeldet, und zwar 79 männliche und 92 weibliche. Demnach beteiligten sich 90 Proz. der beim Arbeitsnachweis gemeldeten männlichen Jugendlichen unter 18 Jahren an den Kursen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß manche erwerbslose Jugendliche, die Erwerbslosenunterstützung auf Grund des Gesamteinkommens der Familie nicht zu erwarten haben, im Arbeitsnachweis sich nicht eintragen lassen. Eine restlose statistische Erfassung der erwerbslosen Jugendlichen durch die Arbeitsnachweise ist darum nicht möglich. In Groß-Berlin waren nach Angabe des Landesarbeitsamts Ende November des vergangenen Jahres 5388 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren, und zwar 2456 männliche und 2932 weibliche bei den Arbeitsstellen eingetragen. Die Werkkurse wiesen am dieselbe Zeit 4518 Teilnehmer auf. Inwieweit die Angaben der Arbeitsämter über die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, ist nicht festzustellen. Ebenso ist die Statistik des Landesjugendamts über die Erfassung der Jugendlichen durch die Kurse und ähnliche Einrichtungen der Jugendämter noch lückenhaft und vielleicht, da ein allgemein gültiger statistischer Grundriß nicht vorhanden ist, sogar nicht ganz zuverlässig. In einigen Bezirken will man 70 Proz. sämtlicher jugendlicher Erwerbsloser gewonnen haben.

Hoffentlich wird die Beratung des bereits im Entwurf vorliegenden Berufsausbildungsgesetzes zum Anlaß genommen, alle hiermit zusammenhängenden Fragen von Grund auf in den gesetzgebenden Körperschaften zu erörtern. Bis dahin bleiben Einrichtungen und Maßnahmen, wie sie die Stadt Berlin für erwerbslose Jugendliche geschaffen hat, wertvolle Leistungen zur körperlichen Stärkung, inneren Bereicherung und moralischen Stützung unserer so bedauernswerten schulentlassenen Jugend.

Stadtrat Max Peters.

Aus den Bezirken.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

Die Bezirksverordnetenversammlung am 20. Januar wählte den bisherigen Vorsteher Genossen Kemnitz auch für das Jahr 1927 wieder, als Stellvertreter den Genossen Kurt Knopf und als Beisitzer je ein Mitglied der Demokraten und der Deutschnationalen Volkspartei. Die Kommunisten hatten sich durch ihre Taktik selbst ausgeschaltet. Für die ständigen Ausschüsse wurden die bisherigen Mitglieder bestätigt. Als Sitzungstag wurde wieder der Mittwoch bestimmt. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde beschlossen, das Bezirksamt zu ersuchen, bei der Reichseisenbahndirektion Berlin dahin vorstellig zu werden, daß bei der geplanten Umbenennung verschiedener Bahnhöfe der Stadt und Umgebung die Bezeichnung für den Bahnhof „Weißenseer“ in „Greifswalder Straße“ umgeändert wird, da durch die irreführende Bezeichnung dem Publikum häufig unangenehme Verwechslungen passieren. Folgende Anfrage der SPD-Fraktion: „Des im Rahmen des Ambulatoriumbetriebes errichtete und für 35 Betten vorgesehene Holzhaus ist seit Wochen völlig fertiggestellt. Dem Bernahmen nach werden nun vom Hauptgesundheitsamt allerlei Schwierigkeiten gemacht, die darauf hinauslaufen, das Haus unbenutzt liegen zu lassen. Dieser Zustand ist bei der in Groß-Berlin herrschenden Unterbringungsnot für Kranke kaum zu begreifen. Ist das Bezirksamt bereit, über den Stand der Dinge beruhigende Auskunft zu geben?“ wurde mit längeren Ausführungen, die bereits im „Vorwärts“ vom 21. d. M. wiedergegeben sind, vom Stadtrat Dr. Korach beantwortet. In der sich anschließenden Besprechung kam die allgemeine Empörung der Versammlung zum Ausdruck. Es wurde verlangt, daß sich die Stadtverordneten der Sache annehmen und dafür einsehen, daß im Magistrat der vorhandene Widerstand beseitigt wird. Die SPD verlangte einen Appell an die Bevölkerung, die dann den nötigen Druck dahinterlegen werde. — Ein Besuch des Vereins Kinderheim Prenzlauer Berg um einen Zuschuß von 15 000 M. für die Einrichtung einer in andere Räume zu verlegenden Säuglings- und Kleinkinderkrippe wurde zur Vorberatung dem Haushaltsausschuß überwiesen. Auf Antrag der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei wurde beschlossen, das Bezirksamt zu ersuchen, Schritte zu unternehmen, um die Keiligkeit der Straßen des Bezirks baldigt auf einen angemessenen Zustand zu bringen. Einem Antrag der SPD-Fraktion, bei der Durchführung von Reisanbauarbeiten die strikte Anweisung zu geben, daß die Arbeiter nicht länger als 46 Stunden pro Woche beschäftigt werden dürfen, wurde zugestimmt.

dabei aber darauf hingewiesen, daß es in erster Linie Sache der Gewerkschaften sei, für die achtstündige Arbeitszeit einzutreten.

8. Bezirk — Spandau.

Bei der Wahl des Vorstandes wurde in der Bezirksversammlung auf Antrag der Deutschnationalen der Vorstand in seiner bisherigen Zusammenfassung durch Juraß wiedergewählt. Die Kommunisten widersprachen dem Antrag und beantragten die Befragung des Vorstandes nach der Mehrheit der Versammlung nur durch Mitglieder der SPD und der KPD. Sie verfolgten also dieselbe Taktik wie in der Stadtverordnetenversammlung in Berlin — offenbar eine neue revolutionäre Taktik. Da die SPD sich ihrem Antrag nicht anschloß, lehnten sie eine weitere Beteiligung an der Vorstandswahl ab. So schalteten sie sich denn von der Befragung des Vorstandes ganz aus für den auscheidenden 1. Schriftführer, der bisher durch einen Kommunisten besetzt gewesen war, wurde die Genossin Kempfen als Schriftführerin in den Vorstand gewählt. Auf Antrag der Kommunisten wurde der beabsichtigten Erhöhung des Fahrpreises bei Einführung des Einheitsfahrpreises von 20 Pf. widersprochen und dafür der bisherige Preis von 15 Pf. vorgeschlagen. Das Bezirksamt führte Klage über die ungeheure Beschneidung des Etats für Spandau durch den Magistrat Berlin.

10. Bezirk — Zehlendorf.

Nach längerer Pause fand am 26. Januar die Zehlendorfer Bezirksversammlung statt, die in ihrer Befragung einige Mäden aufwies. Der Vorsteher Dr. Weidinger ist verrent, der Bürgermeister Dr. Schumacher wegen Krankheit drei Monate beurlaubt. Auch die Tribüne war ausnahmsweise besetzt. Beim Punkt 1 der Tagesordnung Wahl des Vorstehenden und Schriftführers und der Stellvertreter erhoben die Deutschnationalen Anspruch auf den ersten Vorstehenden. Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten wählten jedoch den bisherigen Vorstand wieder, und zwar auf Antrag durch Jettelwahl, Dr. Weidinger als Vorstehenden mit 2 Stimmen Mehrheit, die übrigen Vorstandsmitglieder durch Juraß. Der stellvertretende Vorstehende Dr. v. Seefeld (Dem.) hatte bei den 14 Punkten der Tagesordnung keinen leichten Stand. Wiederholt kam es zu scharfen Zusammenstößen. In einer Erörterung für den Ausschuß für die Einkommen- und Vermögenssteuern beim Finanzamt Zehlendorf wurde Genosse Schnorre gewählt. Die Dahlemer führten sodann lebhaft Klage über die für den Dahlemer Ortsteil immer noch sehr hohen Elektrizitätspreise, die höher sind als in allen übrigen Orten des Bezirks. Das Bezirksamt weist auf den Weg der Verhandlung, um eine Besserung für Dahlem zu erzielen. Eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion betreffend die Ueberschuldungen am Bahnhof Zehlendorf bei großen Regengüssen, zu dem auch die Deutschnationale Partei eine ähnliche Anfrage eingebracht hatte, wurde vom Bauamt Schtermayer dahin beantwortet, daß innerhalb 6 Monaten der Uebelstand behoben sein soll. Ueber einen Antrag der Demokraten betreffend den Anschluß der Siedlung östlich der Spandauer Straße an das Verkehrsnetz wurde ausgiebig debattiert. Genosse Draemer erwartete hier vom Bezirksamt mehr Entschlußkraft, tritt auch der Auffassung entgegen, daß die Siedler für Anschluß an Verkehrsnetz sorgen müssen; die Siedler erwarten im Gegenteil, daß da, wo sie sich ansiedeln, sich bereits Verkehrsgelegenheiten vorfinden, die sie dann schon versuchen werden mit auszubauen. Der volksparteiliche Bezirksverordnete Schnabel hebt bei dieser Gelegenheit die Verdienste der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Berlin besonders hervor. Schulrat Sand erklärt, daß Verhandlungen mit der Abog Schwaben und in der nächsten Versammlung darüber berichtet wird. Ebenso wird verhandelt über die Einrichtung einer Omnibuslinie Zehlendorf-West-Schlachtensee-Nikolassee und Wannsee. Auch hierüber will das Bezirksamt in der nächsten Versammlung berichten. Den bemerkenswerten Verlauf einer Diskussion über den Antrag der SPD-Fraktion, für Schulen und kommunale Gebäude schwarzgoldene Fahnen zu beschaffen, finden unsere Leser im lokalen Teil.

11. Bezirk — Schöneberg.

Die erste Sitzung der Bezirksversammlung Schöneberg im neuen Jahr beschäftigte sich mit der Neuwahl des Vorstandes. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Vorstehender ist der deutschnationale Bezirksverordnete Evers. Unsere Partei ist im Vorstand durch den Genossen Platow als stellvertretender Vorsteher und die Genossin Dietrich als Beisitzer vertreten. Sitzungstag bleibt wie bisher ein Mittwoch. Die Vorschläge für die ständigen Ausschüsse wurden bestätigt. Genosse Czeminz wünschte bei kurzen Tagesordnungen den Beginn der Sitzungen auf 7 Uhr zu verlegen. Verschiedene kleine Vorlagen gelangten ohne Debatte zur Annahme. Eine längere Aussprache rief die Vorlage des Bezirksamts über die Einführung der täglichen Turnstunde hervor. Trotdem alle in Frage kommenden Stellen sich dafür eingesetzt hatten, macht das Provinzialschulkollegium Schwierigkeiten. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Zwei Demonstrationsanträge der Deutschnationalen über Berücksichtigung Berliner Bürger bei Vergabung von Bauarbeiten riefen alle Mittelstandsvertreter auf den Plan. Genosse Kasper vertrat den Standpunkt unserer Fraktion. Eine weitere Vorlage des Bezirksamts über Anlage eines Schwimmbades auf dem Dominicus-Platz wurde, weil dieselbe vom Bezirksamt total verfahren ist, nochmals an den Ausschuß zurückverwiesen. Zum Schluß verwies die Versammlung eine Dringlichkeitsvorlage wegen der Wiederbefragung der freigewordenen Stelle eines befohdeten Bezirksamtsmitglieds ohne Debatte an einen Wahlausschuß.

Willst du die indische Lust und die himmlische Snade erringen,
Willst du die Nöte der Zeit mit einem Zuge bezwingen,
Suchst du ein Zauber-Aroma, das jede Sorge verjagt? —
Sag ich, *Massary* bloß, — damit ist alles gesagt!

Urteilen Sie selbst!

Massary-Serle 4^s
GOLD-U. PURPUR MUNDST.

Massary-Delft 5^s
GOLD-U. TÜRKIS MUNDST.

Massary-Ritter 6^s
GOLD-U. SEIDEN MUNDST.



Die neue Architektur.

Wohnungskunst für die Masse. — Das Experiment der Sozialen Bauhütten.

Deutschlands Wohnungsmangel wird noch Jahre dauern, weil die durch die Mieten aufgebrachtten Hauszinssteuerbeträge nicht reiflos dem Wohnungsbau zugeführt werden und weil die vom Reich und den Bauherren für den Wohnungsbau ausgegebenen Mittel nicht ausschließlich zum Bau neuer Wohnungen verwandt werden. Noch immer sind in Deutschland die Mieten darauf eingestellt, das Haus nach der Außenfassade zu beurteilen und vom Ausfall dieser Beurteilung das Mieten in einem Hause abhängig zu machen. Jeder werden diese Schichten immer noch durch eine Reihe von Erbschaften unterstützt, die an die Außenfassaden der Häuser ganze Bühnenböden anstreifen und auch das Dach mit einem Gerat überladen, der das ganze Haus zu erdrücken droht. Im alten Berliner Westen, in den Straßen, die nach den Gründerjahren bebaut wurden, kann man kostliche Studien dieser Art machen.

Stuckkultur.

Am Dünnet Platz ist Haus für Haus oben auf dem Dach mit Figuren, Türmchen, ja sogar mit Pavillons geschmückt. Über jedem Fenster und über jeder Haustür schweben Engel oder sonstige Figuren, die teilweise längst schon statt in den Himmel einem braven Erdenbürger auf den Schädel zu fliegen beabsichtigen. Am Kurfürstendamm ist ein Haus in die Straßenseite hineingebaut, das vorn wie eine Ornel aussieht, und oben ist das ganze Dach mit Gierat überladen. Hier ist die Unterordnung der Wohnräume unter die Ausstattung der Fassaden soweit gegangen, daß die Fenster nur noch Spaltöffnungen sind. Jeder hat sicher schon einmal vor sich einen Hause gestanden und man hat auch schon davon geschwärmt, in einem solchen Hause wohnen zu können. Damals war Geld im Land, der Bauarbeiter noch ein billiger Kull und die Materialkosten waren sehr gering. Die Stuckkultur blühte!

Ueberall in der Technik, im Bau von Flugzeugen und von Maschinen, ist die einfache Linie, die Zweckmäßigkeit bestimmd geworden für die Ausstattung. Wir wissen, daß der Kran nur den Zweck hat, eine Last zu heben, niemand will uns heute durch Formenreichtum diesen Zweck verbergen. Die Zeit der Maseradenarchitektur, wo die einzelnen Teile der Dampfmaschine architektonisch verbrämt wurden, ist vorbei. Warum also diese Ehrlichkeit und Offenheit nicht auch im Wohnungsbau?

Abkehr von der Maserade.

Der moderne Architekt hat mit den Bohntenden und Materialpreisen rechnen gelernt. Er hat lernen müssen, mit wenigen Mitteln zu bauen, er muß auf die Behängung der Fassaden verzichten. Der Architekt kann aber auch nur richtig bauen, wenn er die Bedürfnisse und Wünsche und den Jetaeit in eine sichtbare Form gießen kann. Er muß den Willen der Gesamtheit ergründen und Raumordnung und Konstruktion seines Hauses diesen Ideen unterordnen. Fast jedes Kunstwerk, auch der Bau, wird bestimmt durch die geistigen Triebkräfte der Zeit. Der Wille der Volksgemeinschaft, die Abkehr vom Maseradentum zur Ehrlichkeit und Offenheit bestimmt auch die Formgebung der neuen Bauten. Früher

versuchte man durch Mietpächter, durch eine Scheinarchitektur die Proletariatswohnung zu verdecken. Aus Angst vor der Gleichförmigkeit versuchte man durch architektonische Spielereien Uebelstände zu überbrücken. Das schmückende Beiwerk kann doch die Last nicht aus der Welt schaffen, doch in der einzimmerigen Proletariatswohnung immer noch Familien bis zu sechs Personen wohnen müssen, weil sie die Miete für eine größere Wohnung nicht erwirtschaften können. Darum muß so gebaut werden, daß die Wohnungen schlicht, aber gesund und billig werden. Der Versuch, die Unterhaltungskosten möglichst niedrig zu halten, hat auch dazu geführt, glatte Fassaden zu bauen und die Häuser mit einem glatten Dach anzustatten. Bei einem dreigeschossigen Hause, also bei sechs Wohnungen und einem Treppenhause, ist das flache Dach um etwa 300 Mark pro Wohnung billiger als ein schräges. Auch die Anlage reichlicher Balkone unter Ausnutzung der Sonnenseite, die Beschränkung auf die äußersten Maße für die Treppenhäuser, Bäder und Toiletten sowie der Größenverhältnisse der Zimmer und Küche führten zu einer Architektur, die durch diese Maße vollständig gegeben war. Architektur ist nichts weiter als die durch die vorgenannten Größenverhältnisse gegebene, nach außen sichtbare Verbindung der Wohnungseinheiten. Jede andere architektonische Einzelheit muß mit Rücksicht auf diese praktische Verwendbarkeit vertreten werden können.

Masse und Architekt.

Die neuen Bauten der Sozialen Bauhütten werden viele eigenartig, fremd und kalt anmuten. Sie werden sich noch nicht damit abfinden, daß in kalter Sachlichkeit Haus an Haus gestellt wird, daß alles schmückende Beiwerk fehlt. Noch stehen viele in der Baukunst auf der Seite der Konservativen. Erst wenn sie sich herausgelöst haben aus dieser bürgerlichen Denkweise und den Fortschritt suchen, werden sie vorurteilsfrei die neuen Wege moderner Architektur verstehen. Gemäß ist noch vieles Experiment, was von den Baugenossenschaften und Bauhütten gezeit wird. Noch sind die Unterschiede der inneren Ausstattung der Räume und die Form der vom Mieter hineingestellten Möbel zu groß. Solange diese Disharmonie zwischen Raum und Möbel besteht, und sie wird noch lange bestehen, weil der Arbeiter auf absehbare Zeit nicht in die Lage kommt, außer seinem Unterhalt noch größere Ausgaben, wie die Anschaffung von Möbeln von seinem Arbeitslohn zu bestreiten, wird uns die moderne Wohnungskunst fremd bleiben. Die Baugenossenschaften haben mit ihren Kräftesten neue Formen aufgefunden. Sie wölen den Rhythmus, die Gleichheit der Masse in Formen gießen. Die soziale Verbundenheit, die eiserne Schicksalsgemeinschaft soll auf den Rhythmus der Bauten übertragen werden. Aus den ersten Ansätzen heraus wird die richtige Linie in der Architektur nicht aufgefunden werden. Und doch fehlt zur Schaffung dieser neuen Formen nichts weiter als Verbundenheit der Architekten — mit der Masse, der Arbeiterschaft und nicht zuletzt des Meisters. Nur wenn Schöpfer und Masse zusammenkommen, sich finden in Ideen und Gedanken, wird die Formgebung unserer ureigensten Architektur möglich. Jede Zeit hat ihren Ausdruck in der Kunst. Im Zeitalter der Masse kann die Kunst eben auch nur diese Gleichheit, diesen Rhythmus der Masse, als Zeitgeist in Formen gießen.

15. Bezirk — Treptow.

Die Bezirksversammlung wählte mit Mehrheit unseren Genossen Strieder wieder zum Vorsteher. Von den Kommunisten und den Deutschnationalen war ebenfalls für das Vorsteheramt je ein Vorschlag gemacht worden. Die Kommunisten beeründeten ihren Vorschlag (trotzdem sie nur die drittstärkste Fraktion sind) ganz darauf, daß sie zum Ausdruck bringen wollten, daß der Bezirk Treptow eine proletarische Mehrheitswahl habe. Zum Beisitzer wurde der Genosse Max Osten gewählt. Genosse Strieder gab der Versammlung die Antwort der Eisenbahndirektion Berlin zur Kenntnis, die sich weigerte, in Adlershof, Niederschöneweide und Treptow den zweiten Bahnübergang zu öffnen. Angekündigt soll durch die Offenhaltung ein „zu hoher Kostenaufwand“ entstehen. Ein Antrag der R.P.D. und des Rechtsblocks auf Umgestaltung des Adlershofs Oberhöhenweide in ein Altersheim wurde von den Antragstellern, nachdem in vier Ausschüßsitzungen über diese Angelegenheit verhandelt worden ist, zurückgezogen. Dem Abschluß eines Kaufvertrages mit der Regierung in Potsdam über das Friedhofserweiterungsgelände in Adlershof wurde zugestimmt. Die Bezirksversammlung begrüßte es, daß jetzt mit dem Bau von Wohnhäusern an der Neuen Krugallee begonnen werden soll und stimmte den diesbezüglichen Vorlagen auf Verkauf von Bauparzellen an die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin zu. Es wurde der Wunsch geäußert, daß möglichst nicht allzu große Wohnungen erbaut werden. Mit der Uebereignung des Grundstücks Alwin-Berlich-Straße 2/3 in Treptow an die Woh-

nungsfürsorgegesellschaft erklärte sich die Versammlung einverstanden. Von der Rechtsfraktion lag ein Antrag auf Aufstellung von Gedenktafeln für die im Weltkrieg gefallenen Beamten, Angestellten und Arbeiter vor. Genosse Lemper erklärte namens der Fraktion, daß man die im Weltkrieg Gefallenen doch wohl auf eine bessere Art ehren könne. Gerade die in der Rechtsfraktion vorhandenen einflussreichen Wirtschaftskreise sollten dafür sorgen, daß die Hinterbliebenen der Gefallenen ausreichend unterstützt werden. Genosse Bürgermeister Brunow teilte mit, daß der Magistrat Berlin eine allgemeine Heldenehrung plane. Das Bezirksamt hat Schritte unternommen, um den von Professor Segas modellierten und von der Stadt angekauften Sargtopf zu erhalten. Dieses Kunstwerk würde dann auf dem Krematoriumsriedhof in Baumshulenberg aufgestellt werden können. Nach dieser Ausführung zogen die Antragsteller ihren Antrag zurück. Um zu beweisen, daß man sich auch mit „hoher Kommunalpolitik“ beschäftigen, beantragten die Deutschnationalen die Aufstellung eines Automaten-Telephonanschlusses im Rathaus Treptow. Die Deutschnationalen mißten sich von ihren Bundesfreunden, den Kommunisten, lassen lassen, daß sie für die Zukunft derartige kleine Dinge in den zuständigen Deputationen beantragen sollten.

16. Bezirk — Köpenick.

In der ersten Sitzung im neuen Jahre wurde unser Genosse Bold mit 31 gegen 8 Stimmen als Vorsteher gewählt. Die Besetzung der anderen Ämter wurde nach der Fraktionsstärke vor-

genommen, nachdem die Kommunisten vor der Wahl die Erklärung abgegeben hatten, daß sie gegen unsere Vorschläge stimmen würden. In die Kommissionen und Deputationen, aus denen Genosse Reuter ausgeschieden ist, wurde Genosse Toltsdorf gewählt. Drei Vorlagen des Bezirksamts, die Bebauung des städtischen Grundstücks Köpenick, Kaiser-Wilhelm-Straße 15, zu Wohnzwecken und Wahl von Deputations- und Ausschüßmitgliedern betreffend, passierten debattelos das Plenum. Die Vorlage über die Errichtung einer Sammelschule für die vom Religionsunterricht befreiten Kinder im Bezirk Köpenick rief eine längere Aussprache hervor, bei der der Kommunist Rebe in pathetischen, aber von wenig Sachkenntnis zeugenden Ausführungen den ablehnenden Standpunkt der Kommunistischen Partei vertrat. Auch die bürgerlichen Parteien stellten sich auf einen ablehnenden Standpunkt, darunter drei im Beirat tätige Mitglieder der Versammlung und die Vertreter der Demokratischen Partei, die damit dokumentierten, wie wenig Verständnis sie für die fortschrittliche Entwicklung des Schulwesens besäßen und wie die praktische Auswirkung der Thesen des Deutschen Lehrervereins aussieht. Die Vorlage wurde, ohne unsere Parteigenossen ihren Standpunkt vertreten konnten, vom Bürgermeister Genossen Kahl im Namen des Bezirksamts zurückgezogen. Sie wird nun die Aufsichtsorgane beschäftigen, da die Bezirksdeputation bereits in zustimmendem Sinne Beschluß gefaßt hat. Eine Dringlichkeitsanfrage unserer Fraktion, die mit einem gleichen Antrag der kommunistischen Fraktion verbunden wurde, betraf die Ueberschwemmung im Gebiet des Plumpengrabens in Bohnsdorf. Die Genossen Mohr und Wilkens begründeten die Anfrage, die Vertreter des Bezirksamts erklärten, daß bereits Maßnahmen eingeleitet seien und schnellstens alles geschehen würde, um den Uebelstand zu beheben. Eine fast 1½stündige Debatte rief eine Anfrage der Deutschnationalen hervor. Sie beschwerten sich über die Ablehnung zweier Bücher durch das Jugendamt bei der von ihm veranstalteten Ausstellung von Jugendliteratur. Es handelte sich um zwei tendenziöse Lebensbilder „Friedrich der Große“ und „Königin Luise“. Die Anfrage richtete sich in der Hauptsache gegen den Delegierten des Jugendamts, Genossen Herbst. Durch unsere Genossin Reil und den kommunistischen Redner erfuhren die Ausführungen der bürgerlichen Vertreter, die sich in byzantinisch-lafaienhafter Art bewegten, eine gehörige Abfuhr. In dieser Debatte zeichneten sich besonders Vertreter der Lehrerschaft durch ihre reaktionäre und unwissenschaftliche Gesichtsauffassung aus. Einer dieser Jugendleiter, ein Rektor, verließ wunschwendig die Sitzung. Eine weitere Anfrage über Beträge der Bürgerlichen in der Friedrichshogener Ortspresse für die Ausstattung des dort neuerbauten Gymnasiums wurde durch den Delegierten des Schulamts die entsprechende Ablehnung. Ueber eine Anfrage nach dem Gesundheitszustand in den Schulen des Bezirks gab Genosse Stadtrat Herbst erspöckende Auskunft.

18. Bezirk — Weißensee.

Die erste im neuen Jahre — am 19. d. M. — stattgefundene Bezirksparlamentarierversammlung nahm ausnahmsweise einen ruhigen Verlauf. Der bisherige Vorstand mit unserem Genossen Morz Thiele als Vorsteher wurde wiedergewählt. Einige Vorlagen des Bezirksamts auf Bewilligung von Mitteln zur Vergrößerung der Bettenzahl im Weißenseer Krankenhaus, zur Anschaffung von Feuerlöschapparaten und zur Zahlung einer Entschädigung für die Verwaltung von Volksbüchereien von Malchow, Wartenberg und Falkenberg wurden angenommen. Zur Annahme gelangte ferner eine Vorlage auf Bewilligung von Mitteln zur Gewährung von Umzugskosten für die Einwohner der Hilfschule in der Falkenberger Straße. Da bisher ein Teil der Kinder dieser Schule in Baracken untergebracht war, geht ein langjähriger Wunsch der Elternschaft, sämtliche Kinder in einem Gebäude zu vereinen, demnächst in Erfüllung. Die Wirtschaftsgebäude des Sportplatzes am Faulen See sind jetzt fertiggestellt und sollen im Frühjahr dem Verkehr übergeben werden. Vom Bezirksamt wurde der Dringlichkeitsantrag gestellt, einen Ausschüß zu wählen, der sich mit der Angelegenheit weiter beschäftigen soll. Es ist zu hoffen, daß der Sportplatz große Volkstriebe anziehen wird, zumal er von einem wundervollen Park umgeben ist. Heiterkeit erweckte ein Antrag der Bürgerlichen, einen Platz auf dem Rennbahngelände für die Besitzer von Schafherden zur Verfügung zu stellen. Der Dringlichkeit wurde mit Recht widersprochen. Der Antrag wird in der nächsten Sitzung behandelt werden.

Die Segualberatungsstelle des Bezirks Treptow in Niederschöneweide, Grünauer Straße 1a, gibt in allen Fragen, die das Geschlechtsleben betreffen, unentgeltlich Auskunft. Ebenort findet auch eine Eheberatung statt. Auf Wunsch werden Ehezeugnisse ausgestellt. Herzliche Sprechstunden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, nachmittags von 4—5 Uhr.

Der Kinderhort Adlershof, Roonstraße 16, ist für Kinder vom 6. bis 14. Lebensjahre werktäglich von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends, Sonnabends bis 4 Uhr nachmittags, geöffnet.

Unterhaltungsabende für Erwerbslose finden seit 1. Oktober 1926 durch das Volksbildungsamt Treptow regelmäßig Montags alle 14 Tage in Niederschöneweide statt. Der Zeitpunkt der Veranstaltungen wird in den Arbeitsnachweisen durch Anschlag bekanntgegeben.

PLUMP

GEGR. 1875

WEIßEWAREN

BERLIN

BRUNO

SPANDAUERSTR. - KÖNIGSTR.

VORVERKAUF SONNABEND

Die Industrie in Rußland.

Rußlands Verflechtung in die Weltwirtschaft.

Die Tendenz der offiziellen russischen Wirtschaftspolitik ist unverkennbar, trotz der politischen Brandreden Bucharins im Dienst der kommunistischen Internationale, die Eingliederung der russischen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft mit Nachdruck zu betreiben. Das gilt nicht nur für den Warenaustausch, sondern auch für die Heranziehung ausländischer Kapitalien zur Mobilisierung der russischen Produktivkräfte. Wie weit und wie schnell diese Eingliederung gelingt, steht dahin, hängt auch von innerpolitischen und Parteifröhen ab. Jedenfalls muß diese Eingliederung erfolgen und von der Arbeiterschaft mit Interesse verfolgt und auch gefördert werden. Die Vorgänge in der russischen Volkswirtschaft, insbesondere auch der russischen Industrie, werden unter diesem Gesichtspunkt wichtiger als je bisher waren. Bedauerlich ist, daß heute noch zwischen der Vielzahl der offiziellen Veröffentlichungen Rußlands über die wirtschaftliche Entwicklung und ihrer Zuverlässigkeit ein Widerspruch besteht. Man wird es bei allen Berichten zu beachten haben.

Das Wachstumstempo der Industrie in Sowjetrußland verlanpft sich in dem Maße der Ausnutzung des vorrevolutionären Grundkapitals und der Annäherung der Produktion an ihren Vorkriegsstand. Nach den letzten Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates („Pravda“ vom 5. und 7. Januar) ist die Gesamtproduktion der russischen Industrie im vorigen Jahr um 42 Proz. gegenüber dem Vorjahre gestiegen, während nach den Plänen des Obersten Volkswirtschaftsrates eine Steigerung der Produktion im laufenden Jahre nur um 18 Proz. vorgesehen ist. Die Verlangsamung des Tempos der industriellen Entwicklung wird auch durch die Schwierigkeiten der Versorgung der Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen verursacht. Diese Schwierigkeiten sind auf das große Mißverhältnis zwischen den Preisen für Industrie- und Landwirtschaftserzeugnisse, die sogenannte „Schere“, zurückzuführen, die zur Einschränkung der technischen Kulturen in der Landwirtschaft geführt hat.

Der Bericht des Obersten Volkswirtschaftsrates bemerkt dazu, daß das Wachstumstempo der Klein- und Heimindustrie in diesem Jahre nur 8,7 Proz. ausmachen werde. Die genossenschaftliche Industrie wird auf dem vorjährigen Niveau bleiben, und die Privatindustrie wird sogar um ein geringes zurückgehen. Der Anteil der Privatindustrie an der Gesamtproduktion der russischen Industrie wird, infolge der belmabe allgemeinen Verstaatlichung und der neuen Einschränkungen für das Privatkapital nur 15 Proz. ausmachen.

Die Zahl der Arbeiter stieg im Jahre 1925/26 um 25 Proz., der sehr niedrige Reallohn um 14 Proz., während die Leistungsfähigkeit pro Arbeiter nur um 11 Proz. gestiegen ist. Dabei ist die sehr beträchtliche Verteuerung durch die Entwertung des Löhnerwages zu berücksichtigen. Das Mißverhältnis zwischen dem Wachstum des realen Arbeitslohnes und der Leistungsfähigkeit der Arbeiter im Jahre 1925/26 ist nach den Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates auf die Heranziehung überhöhter Arbeitskräfte in die Industrie zurückzuführen. Im Jahre 1926/27 werde die Zahl der Arbeiter, bei einem Wachstum der Produktion um 18 bis 20 Proz., voraussichtlich nur um 6,8 Proz., der Arbeitslohn um 10 Proz. und die durchschnittliche Leistungsfähigkeit des Arbeiters um 12,6 Proz. steigen. Diese Pläne zielen offensichtlich auf die Beseitigung des bisher sehr großen Verlusts in der Industrie ab. Die Wirtschaftspolitik bemerkt hierzu, daß die Steigerung der realen

Arbeitslöhne um 10 Proz. nur dann möglich sein werde, wenn es in Wirklichkeit gelingen werde, einen bestimmten Preisabbau durchzuführen. In die Löhne soll durch den befanders für die russische Staatsindustrie sehr schwierigen Preisabbau mehr Kaufkraft hineinwachsen. Der Vorbehalt des Preisabbaus ist sehr berechtigt. Die vorgesehene Herabsetzung der Herstellungskosten um 5 bis 7 Proz. ist im vorigen Jahre nicht nur ausgeblieben, sondern es trat vielmehr eine Steigerung der Herstellungskosten für Industrieerzeugnisse (um 3,5 Proz.) ein. Diese unerwartete und verhängnisvolle Steigerung der Produktionskosten wird nicht nur durch die Steigerung der Rohstoffpreise, sondern auch durch die Notwendigkeit verursacht, alte Betriebe und abgenutzte Maschinen wieder in Gang zu setzen. Der Oberste Volkswirtschaftsrat sieht deshalb für das Jahr 1926/27 im besten Falle eine Stabilität bzw. eine nur unbedeutende Senkung der Herstellungskosten um etwa 1 Proz. vor. Damit würde aber auch die Steigerung des Reallohnes von vornherein unmöglich.

Inzwischen ist das Problem der Herabsetzung der Herstellungskosten sehr brennend geworden, weil die hohen Preise für Industrieerzeugnisse eine wachsende Unzufriedenheit unter der Bauernschaft hervorrufen und zur Lähmung des inneren Marktes sowie des Getreide- und Rohstoffexports führen. Die Konkurrenzfähigkeit der russischen Exportwaren auf dem Weltmarkt wird gefährdet, die Entwicklung der Produktivkräfte im Innern schwer gehemmt. Von der erfolgreichen Ueberwindung dieser großen Schwierigkeiten, der insbesondere ein ungeheurer Bürokratismus und ein großer Kapitalmangel entgegenstehen, wird die wirtschaftliche Gesundung der russischen Industrie in der nächsten Zukunft abhängen.

Merkwürdige Praktiken im Persienhandel.

Einen merkwürdigen Beitrag zu der von Sowjetrußland offiziell proklamierten Befreiung der ausgebeuteten Völker Asiens liefert ein Streit, den eine russisch-persische Transitsgesellschaft mit persischen Kaufleuten hat. Der Streit, der schon über ein Jahr lang andauert, geht darum, daß einem persischen Kaufmann von der russischen Gesellschaft, obwohl feste Entschädigungen für die Vermittlung der Waren ausgemacht wurden, um 20 Prozent höhere Preise abgefordert worden sind, als sie die Originalrechnung der russischen Fabriken zuließ. Der Lieferungsvertrag sah die Vorlage der Fabrikrechnungen durch die russische Handelsgesellschaft ausdrücklich vor. Auf die entsprechende Aufforderung hin wurde die Vorlage nicht nur verweigert, sondern sie erfolgte auch dann noch nicht, als das von der russischen Transitsgesellschaft selbst vorgeschlagene Schiedsgericht zur Herausgabe der Originalrechnung verurteilte. Der uns vorliegende letzte Brief des persischen Kaufmanns an die russischen Handelsbehörden schließt mit den Worten, daß sich dieser gezwungen sehe, die gefälschte Rechnung zu veröffentlichen, das Verfahren der russischen Transitsgesellschaft mit den persischen Kaufleuten zu enthüllen und in aller Öffentlichkeit festzustellen, wie die Föhne des Proletariats gegenüber den persischen Kaufleuten mißbraucht und die Ehre der russischen Arbeiter verletzt werde. — Man muß sagen, daß diese Methoden der Verflechtung Rußlands in die Weltwirtschaft sich wohl kaum in irgendetwas von dem Handelsimperialismus unterscheiden, den Rußland bei den kapitalistischen Staaten Europas so nachdrücklich bekämpft.

lands Einzelhandel recht bedeutende Fortschritte. In Rußland seien die Konsumgenossenschaften mit belmabe 4 Milliarden Goldrubel Jahresumsatz jetzt die größte Handelsorganisation geworden im übrigen haben die Staatstrusts ihren Absatz teilweise unmittelbar organisiert.

Für die Zukunft der deutschen Warenverteilung im ganzen stellt Professor Hirsch das Problem folgendermaßen: Will man die zwangsläufige Entwicklung mit der gleichen Wucht einsetzen lassen wie in den Vereinigten Staaten und England, oder will man bemüht die notwendige Senkung der Kosten des Verteilungsprozesses herbeiführen. Aus dem wirtschaftlichen Naturgeschehen werde bewußt gelenkte Wirtschaftspolitik. Der deutsche Handel stehe vor der Entscheidung, ob er in seiner jetzigen Gestalt den Willen zur lenkenden Wirtschaftspolitik entwickeln wolle, oder ob auch hier Großbetrieb und Großunternehmung voranzubringen. Das Volksganze habe das Interesse an der besten Warenverteilung mit dem geringsten Aufwand an wirtschaftlichen Mitteln.

Neue Reichsbahnaufträge. Ende des Personalabbaus?

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat überraschend schnell bemittelt, daß sie entgegen früheren Erklärungen und entsprechend unserer Forderungen sehr wohl in der Lage ist, erhebliche neue Aufträge an die Industrie zu vergeben.

In der letzten Sitzung des Verwaltungsrats wurde beschlossen, 200 Lokomotiven, 200 Güterwagen und 1000 Personenwagen in Auftrag zu geben sowie die elektrische Streckenausrüstung von Rüsselsheim nach Aulstein und Freilassing und der restlichen Münchener S-Bahnstrecken zu Ende zu führen. Das Kommando sagt, daß die Aufträge in Erwartung einer günstigen Verkehrsentwicklung und zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit vergeben werden würden und eigentlich für spätere Bauperioden vorgesehen waren. Die Aufträge sollen sehr bald vergeben werden. Bei den neu zu vergebenden Aufträgen handelt es sich um Beträge von mindestens 70 Millionen Mark. Die Aufträge verteilen sich mit etwa 37 Millionen auf den Deutschen Waggondauverband und mit etwa 28 Millionen auf den Deutschen Lokomotivbauverband. Der Auftragsbestand der deutschen Waggonindustrie erhöht sich dadurch mit den bereits vergebenen 32-Millionen-Aufträgen auf 69 Millionen Mark. Für beide Industrien bedeuten die neuen Aufträge einen erheblichen Zuwachs an Beschäftigung, der auch auf der Börse sofort mit einer lebhaften Hausse beantwortet wurde. Es wird abzuwarten sein, inwieweit die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft die Gelegenheit benützt, um das von ihr verkündete Rationalisierungsprogramm für die Waggonindustrie praktisch zur Durchführung zu bringen.

Ein weiteres Zeichen für die große Miffikation der Reichsbahn ist ihre Beteiligung an der 500-Millionen-Anleihe des Reiches. Die Beteiligung soll mit einem Betrage von 30 Millionen Mark erfolgen und ist im Zusammenhang mit dem Streit über die Kontrolle der Reichsbahngelder von einiger Bedeutung.

Für ihre zukünftige Personalpolitik ist die im Verwaltungsrat gemachte Feststellung wichtig, daß nach dem heutigen Stande der Technik und der Organisation der Reichsbahnbetriebe eine Notwendigkeit nicht mehr bestehe, den Personalbestand der Reichsbahn allgemein weiter zu senken. Man wird das Wort „allgemein“ in dieser Formulierung zu beachten haben, denn für das Jahr 1927 wird sofort hinzugefügt, daß für die Werkstätten noch eine Verengung der Arbeitskräfte um etwa 5000 Personen erfolgen werde, die nur mit Rücksicht auf die Jahreszeit nicht vor dem 1. April 1927 durchgeführt werden soll.

Sieben Prozent Dividende im HCB-Konzern. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Berlin wird nach dem Beschluß ihres Aufsichtsrates für das vergangene Jahr eine Dividende von 7 Proz. verteilen. Die Vorjahresdividende betrug 6 Proz. Gegenüber einem Reingewinn von 8,36 Millionen im Jahre 1925 wird für das Jahr 1926 ein Reingewinn von 10,76 Millionen ausgewiesen. Der Geschäftsgang wird von der Verwaltung als betriebigend bezeichnet.

Die Rationalisierung neuer Arbeitsstoffe schafft. Ein gutes Beispiel für die Freilegung von Arbeitskräften gibt die Durchführung des Rationalisierungsprogramms im Kupferhüttenbau der Mansfeld A. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb. Durch Reaustärkungen des Biphum-Schachtes wird die Kapazität des Schachtes herartig gesteigert, daß zwei ältere Schächte stillgelegt werden können. Infolge dieser Betriebsoverbesserung können allein auf diesem Schachte mehrere hundert Mann entlassen werden.

Quoten im internationalen Schienenkartell. Das internationale Schienenkartell hat jetzt die vorläufige Beteiligung der angeschlossenen Staaten festgelegt. Danach beträgt das Gesamtkontingent 1040000 Tonnen, wovon 43 Prozent auf England, je 19,5 Proz. auf Frankreich und Deutschland, 11 Proz. auf Belgien, 7 Proz. auf Luxemburg und 4 Proz. auf die Tschechoslowakei entfallen. Die Engländer haben bei der Beteiligung besonders günstig abgemittelt, was sich daraus erklärt, daß England gewissermaßen Hauptkäufer für die amerikanische Schienenproduktion ist. Die englische Beteiligung geht denn auch mit 200000 Tonnen über die wirkliche Ausfuhr im Jahre 1925 hinaus, während die deutsche Beteiligung mit 90000 Tonnen und die französische Beteiligung mit 40000 Tonnen hinter dem tatsächlichen Export zurückbleiben. Es ist damit zu rechnen, daß in kürzester Zeit das gesamte Kontingent erhöht wird, wobei den deutschen und französischen Interessenten Rechnung getragen werden kann.

Sonderrecht für Braunkohle. Für das gesamte deutsche Röhengebiet wird ab 1. Februar 1927 ein neuer Braunkohlenzoll eingeführt, der je nach Lage des Produktionsgebietes verschiedene Mäßigungen aufweist. Zur Bedingung ist die Auflieferung einer gewissen Garantiemenge gemacht worden, die sich laut „Konjunktur-Korrespondenz“ auf etwa 220000 bis 225000 Tonnen monatlich stellt.

Die Kosten der Warenverteilung.

Freier Handel und Konsumvereine.

In einem Vortrag über „Entwicklungstendenzen des Handels“ im Rahmen einer Vortragsreihe der Berliner Industrie- und Handelskammer gab Professor Dr. Julius Hirsch interessante Zahlen über die Kosten der deutschen Warenverteilung und über den Anteil der Konsumgenossenschaften an Warenaumsatz und Warenproduktion bekannt.

Der Gesamtumsatz aller deutschen Detailgeschäfte betrage etwa 30 Milliarden Mark. Unkosten und Gewinne von Einzelhandel und allen Großhandelszweigen ungefähr 9 Milliarden Mark. Diese 9 Milliarden verteilen sich nach der Schätzung von Professor Hirsch etwa wie folgt:

Arbeitskosten (einschl. Sozialversicherung)	2,5 Milliarden
Steuern aller Art	1,0
Werbekosten einschl. Reklame	0,5
Warenverluste einschl. Verderb u. Mobeverlust	0,5—0,75
Raum- (Miete) und sonstige Unkosten einschl. Abschreibungen	1,5—2,0
Unternehmerlohn	1,25
Reingewinn	1,25

Immerhin stelle die Gesamtkostenhöhe ein Sechstel bis ein Siebtel des deutschen Volkseinkommens dar, und es sei deshalb außerordentlich wichtig, weniger beim Gewinn des einzelnen, als bei den Verteilungskosten der Waren die Frage der Rationalisierung zu stellen. Diese Aufgabe sei vor allem bei den Klein- und Mittelbetrieben dringend. Das Anwachsen von Großbetrieb und Großunternehmung sei in Deutschland

in den letzten Jahren zweifellos schon stark erfolgt; es scheint auch, als ob sie einen wachsenden Anteil am Gesamtumsatz erreichten. So habe der Umsatz der Konsumvereine, wenn man von den Preisveränderungen gegenüber der Vorkriegszeit absehe, sich in den letzten drei Jahren wahrscheinlich um 50 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit erhöht. Die Konsumvereine ließen anscheinend nicht weit unter tausend Millionen Mark Umsatz im Jahr und erreichten im Lebensmittelumsatz schon mindestens 6 bis 7 Proz. der Gesamtversorgung. Der Umsatz der Warenhäuser sei noch bedeutend größer; der Redner schätzt ihn auf über 1500 Millionen, von denen fast drei Fünftel von fünf großen Konzernen ergriffen würden. Er schätzte weiter, daß vom Nichtlebensmittelumsatz Deutschlands die Warenhäuser schon etwa 10 Proz., von demjenigen an Textilien bis zu 15 Proz., in einigen großen Städten sehr beträchtlich darüber, erreichen. Die Wehrung des Großhandelsumsatzes ist den privaten und genossenschaftlichen Großunternehmungen nach einer neueren Schätzung soweit gefallen, daß sie heute etwa 15 Proz. davon machen, während 85 Proz. durch den normalen Großhandel gehen.

Erstaunlich sei das Anwachsen der Konsumvereine in Großbritannien, die im Detailhandel schon mindestens 2 1/2 Milliarden Mark umsetzen, in eigenen Fabriken rund 4000 Personen, in ihren Läden und Lagern rund 100000 Menschen beschäftigen und für 40 Proz. (1) der englischen Bevölkerung die Hälfte der Lebensmittel und ein Siebtel der sonstigen Einkaufswaren schaffen. Dennoch seien einige private Massenkaufsysteme zusammen wahrscheinlich bereits über die Umsätze der Konsumvereine hinaus, das Massenkaufsystem breite sich auch sonst stark aus, die Warenhäuser zeigten desgleichen ein progressives Anwachsen. Das „Verschwinden des kleinen Mannes“ mache in Eng-



Haben Sie Gädëra-Cigaretten?
Wir rauchen nur
Gädëra-Cigaretten
Bitte 25 Stück Gädëra im Kästchen aus
Japanholz für 1,50-M. und zwei durchsichtige
Kah-Päckchen mit je fünf Stück für 30 Pf.
GARANTIERT FÜR IMMER GLEICHBLEIBENDE
DIE MAL-KAH SPEZIALITÄTEN-ABTEILUNG GÖTE UND FEINHEIT DER GÄDËRA-ZIGARETTEN

Vorträge über die politische Lage.

Republik und Reichswehr. — Das völkische Fiasko.

In der Reihe der Republikanischen Abende in Bismarckstraße sprach gestern Abend Reichstagsabgeordneter Genosse Künzler. Im Verlauf seiner Ausführungen über den Aufbau der Reichswehr und ihre Reformierung kam Genosse Künzler auf die Giftgasfabrik zu sprechen. Die Kommunisten leugnen zwar immer noch, aber tagtäglich melden sich weitere Zeugen, die dort gearbeitet haben. Ein Arbeiter in Halle hat unserem dortigen Parteiblatt eine genaue Schilderung seiner Erlebnisse gegeben. Dieser neue Zeuge bestätigt alles, was die anderen Zeugen bisher angegeben haben. Er gibt weiter an, daß außer den 70 Deutschen noch 4000 Russen gearbeitet haben. Folgender Vorfall ist noch bezeichnend. Eines Tages erschien im Hamburger Kommunistenorgan ein Artikel, der die glänzenden Arbeitsverhältnisse in Tomsk schilderte. Dem Arbeiter, der diesen Artikel geschrieben hatte, wurde von Russen der Vorwurf gemacht, daß die Arbeitsverhältnisse doch nur für die deutschen Werkmeister, die bis zu 1000 R. im Monat verdient hätten, gut gewesen wären. Darauf gab der Arbeiter zu, daß ihm dieser Artikel vom Direktor der Fabrik diktiert worden sei. Auf einen Zwischenruf erwidert Genosse Künzler, er habe Straf-antrag gestellt, nicht um den Klagengegnen ins Gefängnis zu bringen, sondern um die Dementis des Reichswehrministeriums und der „Roten Fahne“ unmöglich zu machen und sein Material vor Gericht eidlich erhärten zu können. Das Reichswehrministerium hätte tatsächlich die Absicht gehabt, gegen ihn Strafanktrag zu stellen. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung konnte Genosse Künzler sein Referat beenden mit der Forderung, die Republikanisierung der Reichswehr müsse vor allem beim Offiziersstab beginnen.

Genosse Künzler schreibt uns:
Nachdem Bucharin in einer Rede zugegeben hat, daß in Sowjetrußland Flugzeuge und Giftgase mit Unterstützung ausländischer Kapitalisten hergestellt worden sind, kann selbst die „Rote Fahne“ nicht mehr die Zusammenarbeit von Sowjetregierung und Reichswehrgeheimdienst leugnen.
In ihrer Not verlegt sie sich aufs Halbscheitern. Sie bringt einen Bericht über eine Sitzung des Republikanischen Schulbundes mit der Überschrift: „Ein Plan Künzler-Brandenstein“. Zu dieser Mitteilung der „Roten Fahne“ habe ich zu erklären: Ich habe nie an einer Sitzung des Republikanischen Schulbundes teilgenommen.
Ein kommunistisches Abendblatt füllt seine Spalten mit einer Besprechung meiner Wilmersdorfer Versammlung. Es schreibt, ich hätte erklärt, „daß es letzten Endes nicht von entscheidender Bedeu-

tung sei, ob wirklich Gasgranaten für die deutsche Reichswehr geliefert wurden“.
Der Berichterstatter unterschlägt meine entscheidende Folgerung: „Das Wesentliche ist, daß die proletarische Regierung des einzigen proletarischen Staates der Welt — wie die russische Regierung bei den Kommunisten heißt — Grund und Boden für die Errichtung einer Flugzeug- und Giftgasfabrik hergab und sich mit der Reichswehrgeheimdienst Gesulfusionierte.“

Die Ortsgruppe Nordost des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veranstaltete in den „Unionsfesthallen“, Orfischwälder Straße, einen stark besuchten Vortragsabend über die „völkische“ Bewegung, ihre demagogische Agitation und die klaglichen Resultate der parlamentarischen Aktivität der „Völkischen“ vom Hutentwurf. Genosse Sellmann sprach als erster Redner über „Völkisches Neuland am Rhein“. Nicht aus Liebe zu den Juden, so führte Gen. Sellmann aus, wende ich mich mit Leidenschaft gegen die Völkischen, sondern aus Haß gegen die vulgäre Ideologie des Antisemitismus, der die Vernunft tödtet. Antisemitische Strömungen sind zum Teil ökonomisch bedingt, zum Teil das Resultat lastischer Maßnahmen struppeliger Parteien. Das Rheinland ist im allgemeinen immun gegen antisemitische Tendenzen, auch ist in katholischen Gebieten die völkische Propaganda weit aussichtsloser als in protestantischen. Die Nationalsozialisten haben sehr wohl verstanden, sich dem französischen Militärgesetz gegenüber recht gemäßig zu verhalten; mit dem eigenen Volksgenossen aber spricht die Hysterie eine zehnmal gemeinere Sprache. Nach der Räumung, die das Werk republikanischer Parteien war, ist das völkische Maulwerk groß; in Paraden und nationalsozialistischem Krakeel sucht man das moralische Defizit wieder auszugleichen. Der Kampf gegen den völkischen Ungeist ist keine Partei-, sondern eine Kulturangelegenheit des deutschen Volkes. (Starker Beifall.) Der demokratische Abgeordnete Lemmer, der anschließend über die „völkische Arbeit“ im Reichstag sprach, folgte, es sei an sich ja wohl paradox, von parlamentarischer Arbeit einer antiparlamentarischen Partei zu sprechen. Ein Stück nach dem anderen ging von dem illusionären Phantasiewall der völkischen Agitatoren fölen. Die Völkischen sind zu „parlamentarisch“ geworden, ihre Vertreter reden in den Parlamenten dreimal so viel und so lang als die der anderen Parteien. Ohne politische Kultur sei kein fruchtbares parlamentarisches Leben möglich, etwas, was den Völkischen im Grunde abgehe. Ferner sprach der erste Vorsitzende des Centralvereins, Justizrat Brod-nitz, und ein Kaplan, die die Ausführungen der ersten Redner unterstrichen und ergänzten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Wahlman, Wanderleiter! Sonntag, 30. Januar, vormittags 9 Uhr, Treffpunkt: Gendarmenbrücke zur Fährstraße durch Alt-Berlin. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.
Die Bücherstube ist heute, Freitag, von 5-7 Uhr geöffnet.
Wahlman, Abteilungsleiter! Heute, Freitag, von 5-7 Uhr Abrechnung.
Jahresmarken für die Fährstraße der Jugendbetriebe können vom Jugendsekretariat besorgt werden.
Die Fährstraße (zweite Fährstraße) sind eintragslos und können abgeholt werden.
Fährstraße-Versammlung am kommenden Sonntag in der Schulstraße 11, 117 (Röde Hallisches Tor, Untergrundbahn Charlottenstraße). Karl Heinz-Dieter, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend-Internationalen, spricht über: „Sozialistische Jugend und Sozialistische Arbeiter-Internationalen“.
Fährstraße durch die Reichshof-Bibliothek, Jugendbücherei und Kinderleshalle für die Abteilungsleiter, Bibliothekare und interessierte Genossen am Sonntag, 30. Januar, Treffpunkt vormittags 10 Uhr vor der Bibliothek, Reichshof, Gendarmenstr. 117.
Ehrlichgemeinschaft des Genossen Bruno Reumann; Anmeldungen können noch erfolgen.
Ermahnungskarten für die Benutzung der Lesebücher im Bezirk Kreuzberg können vom Jugendsekretariat besorgt werden.

Heute, Freitag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr:

Roßhof II Jugendheim Friedrich-Werdersches Gymnasium, Bodumer Str. 10. Vortrag: „Wie lebt man in Amerika?“ — Weidling-Roth: Jugendheim Lützow-Edelstraße, Lützow-Edelstr. — Roßhof II Jugendheim Danziger Str. 62. Vortrag: „Wie verhalte ich meine Gedanken im Reich und in der Weltbibliothek?“ — Rosenfelder-Vortrag: Jugendheim Hermann-Edelstraße, Hermann-Edelstr. — Grottel-Vortrag: „Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit.“ — Weidling-Roth: Jugendheim Lützow-Edelstr. 62. Vortrag: „Rust und Welt.“ 1. Teil. — Straßmann-Vortrag: Jugendheim Schillerstr. 61. „Aus der Arbeiterjugendbewegung.“ — Schützberg II Jugendheim Hauptstr. 15. Vortrag: „Wilhelm II.“ — Charlottenburg Jugendheim Hauptstr. 4. Vortrag: „Die Welt der erwerbslosen Jugend.“ — Hakenstr. Schule Joachim-Friedrich-Str. 35/36. Vortrag: „Erich Thälmann im Kampf um die Sozialistische Jugend.“ — Weidling-Roth: Jugendheim Lützow-Edelstr. 62. Vortrag: „Die deutsche Jugendbewegung.“ — Weidling-Roth: Jugendheim Lützow-Edelstr. 62. Vortrag: „Die deutsche Jugendbewegung.“ — Weidling-Roth: Jugendheim Lützow-Edelstr. 62. Vortrag: „Die deutsche Jugendbewegung.“

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Gesellschaftliche: Berlin 614, Seebachstr. 17/18, Hof 2 Tr.
Kriegsheim: Wie Wohlfahrt am Fr. d. W. 8 Uhr, bei Trümper, Hohenfurter Str. 3, wichtige Besprechung. — Reichshof: So. d. W. 6 1/2 Uhr, Antreten Mitglieder des Reichshofes mit Musik und Föhnen. — Kreuzberg: Sonntag, d. W., vormittags 10 Uhr, erweiterte Kreisversammlung mit Musik und Föhnen. — Kreuzberg: Sonntag, d. W., vormittags 10 Uhr, erweiterte Kreisversammlung mit Musik und Föhnen. — Kreuzberg: Sonntag, d. W., vormittags 10 Uhr, erweiterte Kreisversammlung mit Musik und Föhnen.

Ein Gasthaus im Volkspark Wuhlheide. Die Deputation für Park- und Friedhofswesen des Bezirks Treptow stimmte in ihrer Sitzung am 21. Januar 1927 den Verträgen über Errichtung und Vermietung eines Gasthauses auf den Terrassen des Volksparks Wuhlheide und zweier massiver Verkaufshäuschen im Treptower Park zu. Sie erklärte sich ferner mit der Anlage einer Kodelbahn im Plänterwald zwischen Teltowkanal und Baum-schulenstraße nach der vorgelegten Entwurfszeichnung einverstanden. Ferner beschäftigte sie sich mit Mietverhältnissen für Verkaufsstände und Bootsanlegestellen.

Ein Sechzigjähriger! Genosse Paul Nagel, Berlin, Baum-schulenweg, Reichshofstraße, begeht heute seinen 60. Geburtstag. Seit Jahrzehnten hat er ununterbrochen seine Kräfte in den Dienst der Partei gestellt. Weitere Jahrzehnte körperlicher und geistiger Frische mögen ihm vergönnt sein.

Für unsere Frühjahrsjugendweiche in Panitzsch am 27. März in der Aula des Gymnasiums, Wühlstraße, werden noch Anmeldungen, unter gleichzeitiger Zahlung von 50 Pf. Einschreibegeld, an folgenden Stellen entgegengenommen: Konsumverkaufsstellen in Panitzsch, Wühlstr. 102, Berliner Straße 17, Wühlstraße, und bei Max Scharfke, Panitzsch, Spielmannstr. 30. Konsumverkaufsstellen in Riedersdorf, Kaiser-Wilhelm-Straße 79 und Kollwitzweg 60.

Frühjahrsjugendweichen im Großen Schauspielhaus. Die Jugendweiche Teilnehmer erhalten im Laufe der kommenden Woche schriftliche Mitteilung über den Beginn der Lebenskundeunterrichtung u/m.

Explosion in einem amerikanischen Variété.
Turner (Idaho), 27. Januar. Durch eine Explosion in einem Variété wurden sechs Personen getötet und zwölf verletzt. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind Berlin S W 68, Lindenstraße 2.

Morgen, Sonnabend, 29. Januar:
8. Ubr. 6 1/2 Uhr Abrechnung der Bezirksleiter bei Heller, Rühlstr. 1.

Fraueneranstaltungen.
7. Ubr. Heute, Freitag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr, in Cornis Fährstr. Gendarmenstr. 6. Vortrag des Genossen Albert Dorn. Gäste sind herzlich eingeladen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Kreis Schöneberg-Friedenau: Heute, Freitag, 28. Januar, im Jugendheim Hauptstr. 15 (Ottomarktsplatz): für Männer Singsen und Tänze für Helene Hollmann.

Jungsozialisten. Heute, Freitag, 28. Januar:
Gruppe Rachen: 7 1/2 Uhr im Jugendheim des Seidenheims Am Brunnenweg, Einmang Dreißt. 10. „Reichshof und Erziehung“ auf der Fahrt durch den Reichshof, besonders in „Reichshof“. Referent Genosse Seiden. — Gruppe Rühlstr.: 8 Uhr in der Schule Rühlstr. 23. Vortrag: „Rühlstr. und Arbeiterbewegung“. Referent: Simon Rosenfeld. Parteigenossen und Gäste sind willkommen.

Morgen, Sonnabend, 29. Januar:
Gruppe Kreuzberg: Gruppenversammlung 8 Uhr im Jugendheim Bremer-Edelstraße, Zimmer 6. Vortrag: „Sozialistische Erziehung“. Gäste sind willkommen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

28. Ubr. Die Einäscherung unseres verstorbenen Genossen Girelli findet am Sonnabend, 29. Januar, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gendarmenstr. 117. Wir bitten die Genossinnen und Genossen um recht viele Anteilnahme. — Am 18. Dezember verstarb unser Genosse Adolf Girelli im Alter von 39 Jahren nach langem schweren Leiden. Er hinterließ Hinterbliebene. Die Einäscherung hat bereits stattgefunden.

Berliner Revue-Vereinigung. Dienstag, 1. Februar, 8 1/2 Uhr, findet im Schuberthof, Wühlstr. 104, ein Vortragabend statt, auf dem Dr. Felix Wühlstr. über „Antisemitismus, Nationalismus, Arianismus“ sprechen wird. Karten zum Preis von 1 R. und 50 Pf. im Bureau der Revue, Wühlstr. 10, und an der Abendkasse.

Verband Volksgesundheit, Ortsverein Berlin. Freitag, 28. Januar, Gendarmenstr. 61, Ballstonsabend, Jugendgruppe: 8 Uhr.

Arbeiterverein für Biologie und Lebensreform I. B. G. Uckermarken! Die Funktionärsversammlung Sonntag, 19. Januar, 9 Uhr, Lokal Reinisch, Einlenstraße 156. Vorstandsbekanntmachung um 8 Uhr im selben Lokal.

Arbeiter-Musikantenbund (Bezirk Groß-Berlin). Heute, Freitag, 28. Januar, 8 Uhr, im Jugendheim Hauptstr. 15, Vortrag: „Die Bedeutung der Musik in der Arbeiterbewegung“. Referent: Genosse Seiden. Gäste sind willkommen.

Der obere wissenschaftliche Klubabend des Deutschen Ring für Wissenschaften S. B. findet Sonntag, 31. Januar, 8 1/2 Uhr, im Hotel „Zentral“, 48 Str. 11. Thema: „Dauerabend“ — nicht Ausnahmeveranstaltung. Eintritt nach Voranmeldung.

Deutscher Esperantobund, Ortsgruppe Berlin. Freitag, 28. Januar, 8 Uhr, Rindfleisch-Str. 11, bei Frau: Rindfleisch, Uckermarken. Gäste sind willkommen.

Musikaufträge

Überbringt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikantenbundes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64, Telefon 3277-78. Bezahlungsart: 1-3, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Bezahlung.

Einladung

zur Feier meines 90. Geburtstages!
Ich, Junk sel. Wwe., werde demnächst 90 Jahre alt. Als die freundliche, alte Dame, die Ihr kennt, will ich einmal den Brauch umkehren und an meinem Geburtstag selber die Schenkende sein.
Alle meine Freundinnen und Freunde erhalten von mir ein wertvolles Geschenk, jeder nach dem Maßstab seiner Liebe zu mir. Von heute an lasse ich beim Kauf von Junk-Waren völlig kostenlose Gutscheine zur Einlösung meiner Geburtstagsgabe ausgeben.
Verlangen Sie noch heute ohne jeden Kaufzwang die kleine Geburtstagschrift, die Ihnen alles Wissenswerte sagen und die Geschenke in Abbildungen zeigen wird.

Junk-Filialen in Berlin:

- | | | |
|---------------------|--------------------------|--|
| Zweitenstraße 15 | Oranienstraße 155-156 | Uhländerstraße 46 |
| Leipziger Straße 85 | Chausseestraße 69 | Friedenau, Rheinstraße 1-3 |
| Spittelmarkt 8-10 | Oberländer Straße 150 | Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 50-52 |
| Oranienstraße 45 | Krummstraße 48 | Hakenstr., Wöhlstraße 49 |
| Potsdamer Straße 58 | Vollstraße 15 | Wilmersdorf, Berliner Straße 36 |
| Rosenberger Platz 4 | St. Frankfurter Str. 112 | Wilmersdorf, Weststraße 37a |

Röhrerei und Handverkauf: Magdeburger Platz 4
Nun eröffnet werden demnächst die Filialen Schönhauser Allee 71 • Frankfurter Allee 12 • Wilmersdorf Straße 50



A. Junk sel. Wwe.

Reichsbahn und Arbeitsbeschaffung. Die Arbeiterentlassungen vertagt.

Im Anschluß an die Besprechungen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und Reichsbahn über die Fortführung und Erweiterung der Arbeitsbeschaffung, hat sich die Reichsbahnhauptverwaltung nunmehr entschlossen, alle zur raschen Befreiung des Arbeitsmarktes geeigneten Aufträge baldmöglichst herauszugeben. Mit Hilfe der neu zur Verfügung gestellten Mittel wird die Bestellung von 200 Lokomotiven, 1000 Personenwagen und 2000 Güterwagen ermöglicht. Darin ist die elektrische Ausrüstung der Strecke München-Kufstein, München-Freilassing und der restlichen Münchener Barockstrecken eingeschlossen.

Infolge der mit der Winterzeit verbundenen Erschwerung der Lebensbedingungen will die Reichsbahn-Hauptverwaltung mit dem Abbau des Werkstättenpersonals — bekanntlich etwa 5500 Mann im Jahre 1927 — nicht vor dem 1. April beginnen.

An der Hauptverwaltung der Reichsbahn scheint man endlich zu begreifen, daß die Eisenbahngewerkschaften die gesamte öffentliche Meinung auf ihrer Seite haben und daß es nicht angeht, daß ein Reichsunternehmen sich in Gegensatz zum Reichstag und zur Öffentlichkeit stellt. Wir wollen daher hoffen, daß sich die Hauptverwaltung den beabsichtigten Abbau bis zum April nochmals überlegt.

Wo bleibt die Baupolizei?

Sommer wieder Gefährdung von Menschenleben.

Von der Bauarbeiterkommission wird uns geschrieben: Ede Koch- und Jerusalem Straße führt der Unternehmer M. Schulze, Weihenstephan, den Abbruch des Hauses aus. Die Abbrucharbeiten werden ohne jedes Schutgerüst für die Arbeiter ausgeführt. An der Vorderfront des Hauses ist nicht die Spur eines Schutgerüsts vorhanden. An der Hinterfront befindet sich in der Höhe der ersten Etage ein Schutgerüst, das auch nicht im entferntesten den Anforderungen der Unfallverhütungsvorschriften entspricht. Ueberhaupt sind die Zustände auf dieser Abbruchbaustelle derartig, daß man sich fragen muß, ob keine Baupolizei vorhanden ist, die hier energisch eingreifen müßte. Bei Befragung eines Arbeiters, ob denn hier noch kein Baukontrolleur gewesen wäre, wurde uns erklärt: „Ja, ein solcher war schon mehrmals hier, er hat auch Schutgrüstungen verlangt. Geht eben ist indessen bis heute noch nichts.“

Diese Baustelle gehört, soweit uns bekannt ist, zum Bezirksbauamt Kreuzberg. Mit diesem haben wir allerdings schon recht trübe Erfahrungen gemacht, so daß das Vertrauen der Arbeiterschaft zu der Leitung dieses Bezirksbauamtes Kreuzberg, das uns als äußerst reaktionär erscheint, völlig geschwunden ist. Undes, wir fragen, wo bleibt die Zentrale der Baupolizei?

Hat denn die Leitung der zentralen Baupolizei keine Macht, das störrische Bauamt Kreuzberg anzuhalten, daß es seine Pflicht in bezug auf den Bauarbeiterchutz erfüllt? Oder will die zentrale Leitung hier nicht eingreifen? Sollen erst wieder der Niederlichkeit auf der Baustelle Menschen zum Opfer fallen?

Die Buchmacher-Angestellten wehren sich. Achtzig Prozent ihrer Stellungen sind gefährdet.

Die kaufmännischen und technischen Angestellten des Buchmachersgewerbes hielten am 26. Januar in den Residenz-Festlokalen eine glänzend besuchte Versammlung ab. Den Anlaß hierzu bot

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Sonnabend, den 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des „Friedrich-Realgymnasiums“, Mittenwalder Straße 34-37

Funktionär-Versammlung

Karl Heinz-Wien, Vorsitzender der Sozialistischen Jugendinternationale, spricht über das Thema: „Sozialistische Jugend u. Sozialistische Arbeiterinternationale“
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

ein von der Zentrumsfraktion des Landtags, eingebrachter Antrag, bei dessen Annahme zwar die im Nebenberuf als Gehilfen der Buchmacher tätigen selbständigen Gewerbetreibenden (Zigarrenhändler, Restaurateure usw.) neue Konzessionen erhalten würden, der übergroße Teil der im Gewerbe beschäftigten Angestellten jedoch seine Stellung verlieren würde. Bei der besonderen Lage dieses Gewerbes können nur größere, leistungsfähigere Betriebe überhaupt Personal beschäftigen, dessen Löhne und Gehälter von kleinen Unternehmern gar nicht getragen werden könnten. Es war daher ein Akt berechtigter Notwehr, daß die Arbeitnehmer des Buchmachersgewerbes die nachstehende Entschließung einstimmig annahmen:

„Die kaufmännischen und technischen Angestellten des Buchmachersgewerbes erklären:

Der Antrag Nr. 4660 des Zentrums vom 11. Dezember 1926 ist in seiner Ausführung eine Gefahr für die kaufmännischen und technischen Angestellten im Buchmachersgewerbe. Seine Annahme würde bedeuten, daß automatisch bei vorgeschlagener Verringerung der Annahmestellen der Buchmacher die kaufmännischen und technischen Angestellten der Arbeitslosigkeit überantwortet würden. Nach Lage der Sache sind sich die kaufmännischen Angestellten darüber klar, daß die Gehilfen diese Entlassenen in ihren Geschäften nicht aufnehmen könnten. Auf Grund dieser Sachlage erheben die Versammelten Einspruch gegen die Annahme dieses Antrages Nr. 4660

und ersuchen das Parlament dringend, im Interesse der Angestellten den Antrag abzulehnen. Es kann nicht Wille und Sinn der parlamentarischen Gesetzgebung sein, bereits bisher gut bezahlten Doppelexistenzen eine Vermehrung ihres Einkommens zu bringen, wenn dadurch Hunderte von kaufmännischen und technischen Angestellten brotlos werden sollen. Die Annahme des Antrages würde unzweifelhaft 80 Proz. aller kaufmännischen und technischen Angestellten arbeitslos machen, ohne daß auch die geringsten wirtschaftlichen Gründe für eine solche Maßnahme vorliegen. Im Gegenteil, auf Grund der praktischen Erfahrungen als kaufmännische und technische Angestellte erklären die Versammelten ausdrücklich, daß auch nach ihrer Auffassung das Buchmachersgewerbe nur existenzfähig ist, wenn es auf breiter Basis aufgebaut und betrieben wird. Sie bitten ihre Organisationsvertreter im Landtag nachdrücklich, bei allen Parteien, in denen Arbeitnehmer ihre Vertretung finden, darauf hinzuwirken, daß die wirklichen Tendenzen dieses Antrages bekannt werden.“

In dieser gefährdeten Situation können die Arbeitnehmer ihre Interessen nur dann vertreten, wenn sie sich in starken Gewerkschaften zusammenschließen. Die Vertreter der in Frage kommenden Verbände, des Zentralverbandes der Angestellten und des Deutschen Verkehrsverbundes, wiesen mit eindringlichen Worten auf die derzeitige Notlage hin, die nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß beseitigt werden kann. Die Ausführungen fanden reichlichen Beifall. Eine große Zahl sofort vollzogener Beitrittsverkündigungen bewies, daß die Versammelten sich der notwendigen Konsequenz bewußt waren. Es wird jetzt die dringlichste Aufgabe der organisierten Arbeitnehmer des Buchmachersgewerbes sein, sich für die gewerkschaftliche Erfassung der gesamten Kollegenchaft einzusetzen.

Jugendgruppe des A.M. Deuts. Freitags, 7 1/2 Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: Dienstag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11). Freitag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11). Samstag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11). Sonntag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11).

Freitag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11). Samstag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11). Sonntag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11).

Freitag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11). Samstag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11). Sonntag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11).

Freitag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11). Samstag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11). Sonntag: Jugendklub Große Frankfurter Str. 16 (Rimberg 11).

TIEF

Billige Lebensmittel

Nur
**LEIPZIGER STRASSE
ALEXANDERPLATZ
FRANKFURTER ALLEE**

<p>Geilches Fleisch Berliner Schlachthausware</p> <p>Pa. Schweinekotelett Pfund 1,28 Pa. Schweinekamm: Scheff. a. E. Pf. 1,18 Pa. Schweineschulterbl. a. E. Pf. 98 Pf. Pa. Schweinebauch o. Bell. Pf. 96 Pf. Pa. Kassierkamm a. Speer, Pf. 1,22 Pa. Eisbein gepökelt, m. Spitzbala, Pf. 70 Pf. Pa. Schmorfleisch Keule a. E. Pf. 1,10 Pa. Rouladen Pfund 1,20 Pa. Suppenfleisch Pfund 74 Pf. Pa. Fehrippe u. Brust Pfund 84 Pf. Pa. Gulasch gem. Ring, Kalb, Schw. Pf. 90 Pf. Pa. Kalbskeulen 9 Pf. u. Kalb, Pf. 90 Pf. Pa. Kalbsnierenbraten Pfund 80 Pf. Pa. Kalbskamm Pfund 74 Pf. Pa. Hammelrücken (dicke Rippe) Pf. 86 Pf. Pa. Hammelrücken Pfund 92 Pf. Pa. starke Liaren Pfund 78 Pf. Pa. Rückenfleisch (bratf. durchgel.) Pf. 88 Pf. Pa. Schabefleisch Pfund 1,10 Pa. Kalbsschnitzel Pfund 2,20</p> <p>Gefrierfleisch</p> <p>Pa. Ochsen-Schmorfl. Keule a. E. Pf. 88 Pf. Pa. Ochsen-Rostbeef o. Ka. Pf. 1,04 Pa. Ochsen-Suppenfl. Pfund 94 Pf. Pa. Ochsenkamm und -brust, Pf. 88 Pf. Pa. fr. Rinderherzen gefr., Pf. 48 Pf. Pa. fr. Rinderkamm gefr., Pf. 28 Pf. Pa. fr. Schweinenier. gefr., Pf. 80 Pf. Pa. fr. Rinderlungen Pfund 28 Pf. Pa. fr. Schw.-Köpfe (ack. gel.) Pf. 50 Pf. Pa. Gehacktes Pfund 72 Pf. Pa. selbstausgel. Taig Pfund 54 Pf.</p>	<p>Wurstwaren</p> <p>Speckwurst Pfund 1,00 Hildesheimer Pfund 1,20 Jagdwurst Pfund 1,20 Polnische Pfund 1,20 Knoblauchwurst Pf. 1,20 Speck fetter Pfund 1,20 Mettwurst a. Br. Art, Pf. 1,20 Speck magerer Pfund 1,40 Schinkenspeck Pfund 1,80 Zervelat, Salami Pf. 1,70</p> <p>Kaffee aus eigener Rösterei Pfund von 2⁴⁰ an</p> <p>Käse</p> <p>Frühstückskäse Stück 15 Pf. Brie-Käse Pfund 48 Pf. Harzerkäse Pfund 50 Pf. Allg. Stangenkäse Pf. 69 Pf. Edamer Käse Pfund 78 Pf. Holländer Pfund 80 Pf. Tilsiter Pfund 90 Pf. Steinbacher reif Pf. 95 Pf.</p> <p>Pflaumen- u. Orangenkonfitüre Eimer ca. 2 Pfund 1¹⁵</p>	<p>Fische und Räucherwaren</p> <p>Rohbau (ganze Fisch) 13 a. 22 Pf. Seelachs (ganze Fisch) Pfund 18 Pf. Dorsch (ganze Fisch) Pfund 10 Pf. Seelachsringe 48 a. 75 Pf. Zander (gefroren) Pf. 70 Pf.</p> <p>Obst- und Gemüsekonserven</p> <p>Jg. Schnitt- u. Brechb. 58 Pf. Stangen, Schnitt- u. Brechb. 91 Pf. Jg. Spinat 48 Pf. Jg. Kohlrabi in Scheib. 46 Pf. Karotten geschnitten 40 Pf. Jg. kl. Karotten 82 Pf. Jg. extra kl. Karotten 1,06 Leipziger Allerlei 82 Pf. Gem. Gemüse mittelf. 1,01 Gem. Gemüse sehr feil 1,63 Jg. Erbsen m. gesch. Kar. 70 Pf. Jg. Erbsen u. mittelf. m. Kar. 84 Pf.</p> <p>Wild und Geflügel</p> <p>Hafen gestreift Pfund 90 Pf. Hirschgout Pfund 38 Pf. Hirschlätter Pfund 78 Pf.</p> <p>Waldschwein Pf. 24 Pf. Fettbucklinge (Hng.) Pf. 38 Pf. Seelachs (geräucher.) Pfund 45 Pf. Sprossen Pfund 40 Pf. Klumpen Pfund 45 Pf.</p> <p>Obst- und Gemüse</p> <p>Gemüseerbsen 62 Pf. Jg. Erbsen 70 Pf. Jg. Erbsen mittelfe. 84 Pf. Jg. Erbsen fein 1,25 Pfefferlinge 78 Pf. Sellerie u. Sellerien 98 Pf. Italien. Tomatenmark 1,25 Pflaumen halbe Frucht 85 Pf. Birnen ganze Frucht 63 Pf. Birnen halbe Frucht 68 Pf. Reinclauden 1,15 Mirabellen 1,20 Apfelsinen 68 Pf.</p> <p>Wild und Geflügel</p> <p>Hafen gestreift Pfund 90 Pf. Hirschgout Pfund 38 Pf. Hirschlätter Pfund 78 Pf.</p>	<p>Kolonialwaren</p> <p>Weisse Bohnen Pfund 14 Pf. Birma-Rohs Pfund 23 Pf. Tafelreis Pfund 25 Pf. Grosse Linsen Pfund 28 Pf. Erbsen geschält Pfund 38 Pf. Eier-Schnittnudeln Pf. 45 Pf. Eier-Fadennudeln Pf. 50 Pf. Eierbruchmakkar. Pf. 43 Pf. Backobst Vierpack. Pf. 45 Pf. Kalif. Ringäpfel Pfund 65 Pf.</p> <p>Teebutter 2⁰⁵ Pfund Tafelbutter 2¹⁰ dänische Pfund</p> <p>Margarine Pf. 55 u. 62 Pf. Kokosfett 1-Pfd.-Pack. 62 Pf.</p> <p>Obst- und Gemüse</p> <p>Wasserkohl Pfund 5 Pf. Kohlrüben Pfund 4 Pf. Schwarzwurzeln Pf. 20 Pf. Apfelsinen Dutzend 60, 80 Pf. Mandarinen 2 Pfund 28 Pf. Bananen Pfund 5 Pf.</p> <p>Aprikosen-, Kirsch- u. Himbeerkonfitüre Eimer ca. 2 Pfund 1⁴⁵</p>	<p>Besonders billige Tischweine reife einseitig gekeltert, ohne Fälschung</p> <p>Mosel- und Rheinweine</p> <p>1925er Mosellammer Sekt... 95 Pf. 9,00 1922er Bar. weilerer Sekt... 1,25 12,00 1922er Weinschneider Sekt... 1,40 13,00 1922er Königsbacher Sekt... 1,60 15,00 1923er Schloß Bodeg. Mühlberg Spülwein... 1,75 15,00 1922er Süßler Albus Riesling Org.-Gew. Wieserv. Wein 2,60 24,00</p> <p>Rot- und Dessertweine</p> <p>1924er Montagne... 1,05 10,00 1924er Fürthener Sekt... 1,40 13,00 Sonnengarten... 1,75 16,50 1920er Chateau Laroche... 1,65 17,50 1922er Chateau Lagrange... 2,25 21,00 1922er Chateau Lafite St. Groy de Mont. wein. Bordeaux 3,25 30,00</p> <p>Deutscher Weinbrand aus abgelagerten Trauben ohne Weinsteine hergestellt</p> <p>Liter 4⁵⁰ 8 Liter 13⁰⁰</p> <p>Extra billige Weine vom F. S. S. in use en kolonial guten Qualitäten</p> <p>Rheinländer Weißwein vorz. Ltr. 5 Ltr. klein r. Wein... 1,25 6,00 Deller feinerer Rotwein... 1,25 6,00 Süßlicher Insel Sekt... 2,0 9,50</p>
--	---	---	--	--

Unsere

„WEISSE WOCHEN“

beginnen in allen unseren Warenhäusern am **31. Januar.**

Sonnabend den 29. Januar Vorverkauf!

Die Zählung.

Von Panstefjon Romanow.

Als die Viehzählung vorbei war, nach der man dann auf Grund der Fleischsumme einen Teil des Viehes einfach beschlagnahmt hatte, kam wieder irgendeine Kommission angefahren, betrieb eine Dorfversammlung und erklärte, daß es notwendig sei, die nichtschulpflichtigen Kinder in die Listen aufzunehmen.

Die Bauern standen herum in der dunklen verrußten Dorfschule und schauten einander bedeutungsvoll an.

Wie denn das? Kinder zählen?

Nicht zählen, sondern in Listen aufnehmen, antworteten die Einkömmlinge.

Der selbe Bimt.

Es wird immer schöner, sagte jemand im Hintergrunde.

Alle schauten sich unruhig um.

Erst werfen sie sich auf das Vieh, und jetzt machen sie sich schon an die Kinder heran.

Was wird nun? Werdet ihr jetzt vielleicht auch die Kinder wegnehmen? tönte von hinten eine höhnische Stimme.

Die Kommission war über ihre Papiere gebeugt und reagierte nicht darauf.

Wegnehmen oder nicht wegnehmen, auf irgend etwas müssen wir gefaßt sein.

Die Listen sind wie folgt zusammenzustellen... sagte einer der Fremden, indem er ein Blatt Papier vom Tisch nahm und darauf schaute.

Alle verstimmt, horchten auf und schoben nach vorn, als ob sie Angst hätten, die Erläuterung zu veräumen.

Bis zum 5. Lebensjahr besonders, bis zum 7. Lebensjahr wieder besonders, und die anderen über das 7. Lebensjahr sind überhaupt nicht nötig! Verstanden?

Alles schwieg.

Uebrigens, wir werden auf den Höfen umhergehen und an Ort und Stelle aufnehmen, denn sonst müdet ihr Gott weiß was anrichten, so daß später sich der Teufel zurechtfinden mag. Ich erkläre die Sitzung für beendet.

Gestatten Sie eine Frage, behufs welchen Zwecks ist dies dienlich? fragte der Krämer, Mitglied des Dorfrates.

Behufs Materialsammlung für die pädagogische Statistik. Später werden dann schon neue Direktiven erfolgen, sagte der Mann mit dem Koffer, ohne den Krämer anzublicken, und legte die Papiere zusammen, wie ein Richter, der soeben einen unwiderruflichen Spruch gefällt hat.

Wieder eine Wegnahme... Wann wird das einmal ein Ende nehmen?

Ihr könnt gehen. Die Kinder sind gleich bereitzuhalten.

Die Bauernfrauen stoben mit verstörten Gesichtern aus der Schule und stürzten wie verschreckte Hühner nach ihren Behausungen, so daß die vorbeifahrenden Bauern anhielten und bedrängigt aufschauten wie beim Sturmbläuen.

Ich bin so vor den Kopf geschlagen. Weiß gar nicht, wo ich ihn hinstun soll, hörte man eine Weiberstimme aus dem Hofe.

Man weiß gar nicht einmal, von welcher Seite man gebissen wird.

Es vergingen kaum fünf Minuten. Die Weiber mit ver-rückten Kopftüchern liefen einander in den Weg, stürzten in die Hütten und schleiften etwas unter den Armen, an den Händen über den Hinterhof; als ob es gälte, Gut vor dem Feuer zu retten. Aus den Scheunen löste lautes Wehgeschrei.

Sie kommen!...

Die Weiber stürzten wieder aus den Scheunen heraus, pflanzten sich auf den Türschwällen auf und erwarteten leuchtend die Kommission.

Als die Kommission in Begleitung des Krämers eingetreten war und die Listen auf dem Tische ausgebreitet hatte, erries sich, daß dieser Hof kinderlos war. Auch auf den nächsten Höfen war kein einziges Kind vorhanden. Nur hier und dort fanden sich größere Kinder von zwölf und mehr Jahren.

Na, wie denn? Habt Ihr denn alle keine Kinder?

Ja, wann sollten wir denn welche kriegen? ... Da war der Krieg und da...

Und wer schreit denn da bei dir?

Das ist bei der Nachbarin, Wäterchen...

Weiß der Teufel, im ganzen Dorf hat keiner Kinder nicht. —

Und woher rührt denn dieses Geschrei?

Vielleicht sind sie aus dem Unterdorf heraufgekrochen, Wäterchen.

Man kam zur letzten Hütte und fand dort ein junges Weib erschrocken auf der Schwelle stehen, das unaufhörlich beteuerte:

Er taugt nicht, Wäterchen, ganz untauglich ist er... hebt die Hände nicht und hebt die Füße nicht.

Wer taugt nicht? Wozu taugt er nicht? Ganz egal; jetzt ist er krank, er wird sich schon erholen...

Diese, Brüderchen, sind nicht wählertisch, sagte jemand, der schweigend der Kommission folgte.

Und nur bei der Schmiedefrau ergaben sich ganze fünf Köpfe.

Man ertappte sie, wie sie auf der Diele saß und auf dem Kopf des Kellerters herumfuhrte.

Erwischt... sagte jemand vor sich hin.

Man trug alle fünf ein. Das Alter gab an Stelle der Mutter die junge Nachbarin an, da die Schmiedefrau selbst kein Wort vorbringen konnte.

Und wo stecken deine Kinder? fragte der Krämer verwundert ein anderes junges Weib.

Diese warf ihm einen bösen Blick zu, machte ihm eine Faust unter der Schürze und sagte hastig:

Ich hatte keine, das waren der Schwester ihre...

Merkwürdig, sagte der Krämer und suchte mit den Achseln.

Hier lohnt es sich auch gar nicht zu schmieren, sagte einer von der Kommission und sah in die Liste.

Die Kommission ging zum Krämer Tee trinken, und in den Scheunen ging wieder die Arbeit los. Eilige Schieppien die Kinderwagen wieder zurück, andere liefen hilflos in der Scheune umher und andere wieder schrien ihnen zu:

Was wählst du da im fremden Flachs herum...

Den Kleinen habe ich verloren, das ist es! O Gott, Wäterchen, hier habe ich ihn doch hingetan.

In einen Haufen hätten Ihr sie legen sollen. So aber stobt Ihr in alle Ecken und könnt sie nun selbst nicht finden.

Hier, wenn ist das Kind? Schrie man aus einer Ecke.

Irgendein Weib stürzte dorthin, kehrte aber gleich wieder um und winkte mit der Hand ab.

Nicht meiner... Meiner hat eine rote Zipselmütze.

Auseinandergetrochen sind sie. Nun haben wir die Wirtshaus-

Am Ziel.



Das Zentrum will, dem Vernehmen nach, allgemeine Stitzgänge veranstalten, auf daß ein gütiges Geschick ähnliche Siege in Gnaden von ihm abwenden möge!

Nur die Säuglingsmütter trugen ihre Last ruhig und blickten hin und wieder auf die herumstastenden Nachbarinnen.

Kein Leben, sondern ein Zuchthaus! Da treibt man das Vieh zusammen, dort behält man die Kinder, so eine Drangsalerei, sagte eine junge Frau mit dem Säugling im Arm.

Ja, du hast gut reden. Du greiffst deine Wiege und fertig. Aber hab mal zwei an den Händen, zwei am Rock und einen noch verloren.

Aber diesmal haben wir's doch richtig gemacht. Von der Viehzählung haben wir gelernt. In fünf Minuten!

Ja, dabei hatten wir noch nicht gleich kopiert, sonst...

Alle waren zufrieden. Nur die Schmiedefrau sah bei der Wasserträgerin auf dem Hofen und heulte: Wieviel Kinder sie hatte, soviel hatte man auch aufgeschrieben, auf trischer Lat ertappt. Ein Kreis stand um sie herum und betrachtete sie mitleidig.

Ins Unglück geriet sie ohne Verschulden, sagte jemand.

Das nächste Mal wird sie auf der Hut sein. Einen ganzen Haufen gebar sie und glaubte, so ist's schon recht... Kein, Brüderchen, die Zeit ist vorbei!

Aber genau genommen, ist's mit den Kindern halb so schlimm wie mit dem Vieh damals. Kein Vergleich damit. Wenn diese auch sich verbrochen haben, ist's kein großes Unglück. Aber damals hast du einen jungen Bullen am Strick, und er verfehlt dir eins von hinten, daß dir die Augen heraustreten.

Mit den Kindern war es viel leichter.

Und doch haben sie viel Vieh erwischt.

Sie überraschten uns — kannst du dich da gleich herausfinden?

Auf der Straße zeigte sich der Krämer.

Alle, deren Kinder eingeschrieben wurden, sollen Sonnabend in die Stadt kommen.

Alle schauten unwillkürlich nach der Schmiedefrau.

Und was wird dort sein? ...

Von der Fürsorgeunterstützung empfangen für siebenjährige Kleider und Schuhe...

Eine Weile blieb alles still. Dann spuckte jemand verärgert aus und sagte:

So ein Leben, so ein verfluchtes Leben. Niemals trifft du das Richtige!

Und die Schmiedefrau wurde ringsumher beneidet: die einzige im ganzen Dorf, die sich nicht geirrt hatte.

(Uebersetzung aus dem Russischen von O. Dobooff.)

Hankau.

Von Dr. Schuster, vormals Leiter der Realschule in Hankau.

(Schluß.)

Da die fremden Gebiete durchaus selbständige Gemeinden darstellen — die deutsch- und russische Konzession nur sind jetzt vollständig unter chinesischer Verwaltung, und die Chinesen machen ihre Sache sehr gut! —, so bietet die Stadt ein heilloses Gemimmel von Baustellen aus aller Herren Länder: ein entsetzlich geschmackloses deutsches Konsulat im indischen Palaststil mit schnörkelhafter Stukkatur, Kuppel und anderem Lalmisprunk, ein deutsches Kleinstadtrathaus mit der Schule à la holländisches Bauernhaus, spätromantische Versuche am französischen Gemeindefaal, die russisch-orthodoxe Kirche mit golden leuchtender Wölbung, die breiten Treppen und hohen Säulenhallen der amerikanischen Banken und die starren, kalten Bureauwollen der Engländer, wie sie sie unterschiedlos von Ägypten bis Australien hinzubauen pflegen. Jede Konzession hat eigene Polizei: die Engländer schwarzbärtige, turbanbedeckte Schütze, die Franzosen kleine bewegliche Annamiten mit den Strohtellermützen und die Deutschen hochgewachsene Schantung-Chinesen, die auch heute noch nach preußischem Vorbild gedrillt werden und die man täglich mit Gleichmut und Gewissenhaftigkeit den „langsamem Schritt“ in ihren Sandalen über sieht...

Das ist das eine Hankau, die Stadt der Fremden, Reichen, der Herrscher. Diese paar hundert Leute sind die „Jangtsewe“, die weißen Teufel, in deren Taschen durch unerhörte List und Betrug der goldene Profit rollt: So denken, zweihundert Schritte entfernt und doch durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt, die Millionen Menschen der Chinesenstadt. Und blicken scheu und grimmig zu den Weißen auf, deren Auto sie in Staub hält, deren Kanonenshots trotzig und kampfbereit vor den Konsulaten anstern. Wie viele er-

warten den Tag, da der erste Sturm die Gehäfen fortwirbeln wird wie Sand der Wüste Gobi?

In den engen Straßen der Chinesenstadt reiht sich Laden an Laden. Reklamefahnen und Firmenschilder mit schönen Zeichen locken die Kunden. Handwerker Barbier, Schreiber, Zahnärzte sitzen geduldig in ihrer Ecke. Kuffanten, Bettler, Blinde, Mönche und Polizisten mischen sich bedächtigen Schrittes in die Menge, und in den Speisehäusern dampft der Reis. Ein Märchenerzähler, ein Bänkelsänger sammeln um sich lockendes Publikum. Aber wenn die Nacht kommt, die Läden geschlossen, die bunten Lämpchen und Fackeln erloschen sind, dann gehen Tausende durch die Gassen und spähen nach einem freien Winkel: auf den Eisenbahnstufen, unter Brücken, selbst an den Särgen draußen hocken sie, und Kranke und Verstümmelte liegen als regloser Klumpen in einer Ecke im Straßentafel. Unendlich ist die Zahl derer, die vergeblich auf Arbeit und Reis hoffen, die von Süden und Westen herbeigezogen sind, um an dem großen Hofenplatz ihr Leben zu fristen und nun Hungers sterben oder im Schone ertrinken. Ueber zweihundert dieser Verarmten fand man an einem Januararmorgen des kalten Jahres 1922 erfroren an der Eisenbahn. Aber wen bekümmert dies bei einem 400-Millionen-Volk? Als im Anfang 1923 die streikdrohenden Arbeiter der Hankau-Peking-Bahn zur Befriedigung ihrer Löhne im Freien sich versammelten, da ließ der damalige Beherrscher des Jangtse-tales, der General Wu-Wei-fu, einfach mit einer Kanone in das Meeting hineinschießen. Wem schadete es, daß über 110 Arbeiter dabei totgeschossen wurden? Aber die Fremden fühlten ein merkwürdiges Jittern in ihren Gliedern, als nachts darauf Zehntausende von Chinesen demonstrierend durch die Stadt bis an die Konzessionen zogen, als diesen Tausende von Menschen sich anschlössen, nackte, schwarze, blutleere Gestalten mit langem wirrem Haar, die rotschimmernden Augen die Faust hinüber schüttelten. Gestalten, die jahrelang unter der Erde gehaust zu haben schienen und nun aus ihren Löchern gekrochen waren, nur um ihren Haß zu zeigen! Und Kinder langten böse Kleider auf die Weihen, in deren Fabriken sie Weid verdienen mußten und müßen: 8 bis 12 Pf. im Tage bei zehn- bis sechzehnständiger Arbeitszeit. Ein Vertrauensmann des südhinesischen Sozialreformers Dr. Sun-Jai-sen, der in Hankau als Arzt wirkte, konnte mir beweisen, daß annähernd 3000 Kinder unter 12 Jahren in europäischen Betrieben beschäftigt wurden! Und wer vermag ihnen Unrecht zu geben, den mageren, engrüstigen, krosulösen Geschöpfen, die als letzten Broterwerb die Kleidfabriken zehren, die mit Groß an den Banken vorübertraben, die ihren Aktionären 64 Proz. Dividende verteilen können!

Europas Schuld (und nicht minder die Amerikas!) steht groß und deutlich vor uns: die Fremden haben ein glückliches, stilles und sich selbst genügendes Volk geknechtet und in ihre Wirren hineingezogen. Als Herren und Unterdrücker haben sie eine ungleich ältere und höhere Kultur verachtet und verflucht, durch Militär und christliche Mission umzustößen. China hat längst selbst empfunden, daß kein altes Staatsgebilde modernisiert werden muß. Aber nicht als Freunde haben die Europäer dem gelben Bruder die Hand gereicht, sondern man hat sie als Barbaren herabgewürdigt und zum Beuletler erniedrigt. China hat mit Gleichmut das Unmögliche ertragen. Wachte es doch aus seiner langen Geschichte, daß man sich der Weißen eines Tages auf ebenso schnelle Weise erledigen wird, wie das Reich alle schädlichen Fremdkörper stets überwunden und beseitigt hat. Und heute scheint dieser Zeitpunkt gekommen zu sein. Man überschätzt leicht den Einfluß des Bolschewismus, wie er besonders die Engländer tun. Hier in Hankau zeigt sich deutlich, wie (neben einer kleineren Gruppe Radikaler) der Fremdenhaß in allen Kreisen der Chinesen wächst und steigt und in immer stärkerer Brandung an die Fronten der Konzessionen pocht. Hankau ist der Nerv des fremden Handels und Gewinnes, die Hauptstadt des ganzen reichen Hinterlandes von Schanghai. Fällt Hankau, so ist das Schicksal aller fremden Konzessionen, denen allerdings niemand mehr eine lange Lebensdauer verspricht, entschieden. England wird sich hüten und zu ernstlichen Demonstrationen greifen. Die Zeiten dafür sind in China gottlos vorüber. Und Hankau, dessen Konzessionen heute vielleicht schon aufgegeben sind, wird der Ausgangspunkt sein einer Erhebung des chinesischen Volkes gegen seine Unterdrücker und Ausbeuter. Hoffen wir, daß die fremden Mächte Einsehens genug besitzen und Blutvergießen vermeiden in dem Kampfe, den ein altes, lebenswertes Kulturvolk um seine Würde und Freiheit im Bewußtsein seines Rechtes führt!

